

GEGEN DEN STROM

Mitteilungsblatt der K.P.D. * Ortsgr. Breslau (Opposition)

1928

Breslau, den 17. November

Nr. 1

Wort: Wer nicht den Mut hat, einer Minderheit anzugehören, die die Wahrheit versteht und für sie lebt, der verdient nicht zu leben.

Gegen den Strom!

Der Entschluß, dieses Blatt für die Parteimitglieder herauszugeben, ist uns nicht leicht gefallen. Wir greifen zu diesem außergewöhnlichen Mittel in einer kommunistischen Partei, nachdem alle anderen Mittel erschöpft sind, nachdem wir mit äußerster Anspannung unserer Gewaltvergebens versucht haben, die Parteinstanzen zur Wahrung der primitivsten Parteidemokratie anzuhalten. Wir haben mit angesehen, wie von der Parteileitung jede selbständige Regung unterdrückt und der Wille der Mitgliedschaft gefälscht wird, wie durch freie Erfindung, Entstellung und Fälschung die Partei eingeknebelt wird, wie gegen uns und gegen Genossen, die auf Grund ihrer Vergangenheit, ihrer Auseinandersetzungen und Handlungen das volle Vertrauen verbieten, die ungeheuerlichsten Beschuldigungen und Verleumdungen erhoben werden und den Angegriffenen jede Verteidigung unmöglich gemacht wird. Wir haben Disziplin gehalten bis zur Selbstverleugnung, und uns an die leiseste Hoffnung auf eine Änderung des inneren Parteilebens durch die Parteileitung und die Kommunistische Internationale gellammert. Diese Hoffnung gibt es nicht mehr. Die äußersten Grenzen sind bereits überschritten. Die bloße Notwehr, die Notwendigkeit, die Partei und ihren revolutionären Charakter zu retten, gebietet, daß wir nicht länger schweigen.

Wenn die Beschlüsse wichtiger Parteibezirke, wie Westsachsen, Mitteldeutschland, Thüringen, Schlesien planmäßig unter Anwendung von Gewaltmitteln vor der Partei verheimlicht werden, während die zweifelhaftesten Erfolge des Zentralkomitees aufgebaut werden;

wenn werktolle Partearbeiter ihrer Funktionen entzogen und entlassen werden, nur weil sie den Kampf gegen die Korruption, für Parteidemokratie führen; Hansen, Galm, Tittel, Smolla, Brennig, Schreiner, Walcher, Seyring, Heuke, Heimburger, Wiest u. a.;

wenn der Chefredakteur Voll der Hamburger Volkszeitung weggejagt wird, nur weil er eine Resolution des größten Parteibezirks Mitteldeutschlands abgedruckt hat;

wenn den Chefredakteur Möller vom „Kämpfer“ in Chemnitz das gleiche Schicksal ereilt, weil er es gewagt hat, eine sehr vorsichtige, sehr zaghafte Kritik des Elli-Beschlusses in Sachen Thälmann zu veröffentlichen;

wenn der Chefredakteur Stephan vom Ruhrecho seines Postens entzogen wird, nur weil er von der Bezirksleitung eine Erklärung gegenüber den methodisch von der SPD-Presse verbreiteten Vorwürfen, in der KPD-Ruhrgebiet herrsche Korruption forderte;

wenn der Chefredakteur Ernst Becker von der Solinger „Arbeiterstimme“ aus Blauster geworfen wird, weil er die Resolution der Bezirksleitung Halle abbrach und von der Maßregelung der Redakteure in Hamburg und Chemnitz der Solinger Mitgliedschaft Kenntnis gab;

wenn dem Chefredakteur Böttcher von der Sachsischen Arbeiterzeitung bedroht eine öffentliche, die Partei aus schwerste kompromittierende Rüge erseilt wird, weil er sich gegen niedrige Verleumdungen wehrte, die von der „Leipziger Volkszeitung“ verbreitet wurden;

wenn gegen Genossen Nebenverbote, gegen andere Schreibverbote erlassen werden;

wenn in der Parteidiskussion Korrekturkästen verboten werden;

wenn die ordentlichen, von den Mitgliedern gewählten Vertreter zu Konferenzen nicht zugelassen, sondern willkürlich von den Zeitungen durch andere ersetzt werden;

wenn über ganze Bezirke der Belagerungszustand verhängt wird, und eine Regime der Kommissare eingesetzt wird;

wenn in der Presse die ungeheuerlichsten Beschuldigungen gegen werktolle Genossen erhoben werden und ihnen nicht ein Wort zur Erwiderung zugestanden wird;

wenn von der Mitgliedschaft gewählte Zeitungen einfach ignoriert und ausgeschaltet werden —

dann herrscht in der Partei nicht mehr eine Spur einer Demokratie, sondern die Herrschaft einer Gruppe, die bereit ist, sich unter dem Preis der Verschlagung der Grundlagen der Partei an der Macht zu erhalten.

Ein solches innerparteiliches Regime aber ist nicht Selbstzweck. Es soll helfen einen politischen Kurs zu steuern, der die krasseste Wiebildung des Fischer-, Madlow-, Nah-, Korsch-, Schwarz-Kurses ist, der damals von Thälmann, Dengel, Neumann, Remmeli begeistert mitgemacht wurde, und den sie jetzt als Parteiführung zum größten Verhängnis der Kommunistischen Bewegung noch einmal praktizieren wollen. Deshalb handelt es sich heute, wie damals, um Lebensfragen der revolutionären Bewegung: um die Taktik der Einheitsfront, um eine revolutionäre Linie in der Gewerkschaftspolitik, um die Mobilisierung der Massen in den Tagessämpfen und deren Ausrichtung auf die proletarische Revolution, um eine williige und ernsthafte Bekämpfung der SPD. und der Bourgeoisie in der Tat und nicht in der Phrase. Gegen den umgestülpten Menschheitsmus und das „sline“ Liquidatorenium, das die Liquidierung einer richtigen kommunistischen Politik mit dem Geschrei von der Liquidierung der Partei durch die alten revolutionären Kaders verdecken und verschleiern will, richtet sich ebenfalls unserer Kampf.

Damals wie heute gehen mit dem falschen politischen Kurs; Errichtung des inneren Parteilebens; Mißachtung des Willens der Mitgliedschaft; Willkürwirtschaft einer zum Teil entarteten Parteibürokratie; ideelle und leider auch materielle Korruption; Ausschaltung jedes selbstständig denkenden Funktionärs; Verleumdung der alten revolutionären Kaders als Sozialdemokraten; Ausschüsse ergebener Revolutionäre Hand in Hand.

Kann ein wahrhafter Revolutionär diesen Kurs wiederholen lassen? Muß nicht jeder mit allen Mitteln diesem Kurs Einhalt gebieten? Jawohl! Weil für uns das Interesse der Partei, daß mit den Interessen der Revolution zusammenfällt, höher steht als eine Parteiführung, die die Grundlagen einer wirklichen kommunistischen Politik zerstört.

Nicht nur durch Unterdrückung jeder anderen Meinung, auch durch Einschüchterung und durch schrale Drohung mit der Vernichtung der Existenz wirkt die heutige Parteiführung. Schon bei dem durch keine sachlichen Gründe verursachten Umschlag der 25 82-Mitglieder zeigte sich die politische Rückgratlosigkeit im führenden Funktionärförder. Was heißt es anders, wenn Walter Ulbricht in der „Roten Fahne“ vom 2. November unter der irreführenden Stichmarke: „Gegen den Opportunismus“ schreibt:

„Gerade die Rechten fürchten diese Diskussion und versuchen alle Genossen, die sich durch die Diskussion überzeugen lassen, als „Umschlagskandidaten“ von vornherein zu verleumden. Wir sind der Ansicht, daß jene Genossen, die im Laufe der Diskussion ihre Fehler erkennen, das offen und ehrlich bekennen sollen, weil daß die Voraussetzung dafür ist, daß die Parteimitgliedschaft (soll heißen: die heutige Führung) ihnen die Möglichkeit gibt,

auf ihrem Posten zu bleiben und durch die Tat zu beweisen, daß sie ihre falschen Aussassungen revidiert haben."

Falle um und Dir sei vergeben!

Wir werden dieses Regime bekämpfen. Da in den Parteiorganen nicht die Möglichkeit gegeben ist, die Wahrheit zu sagen, werden wir sie hier sagen.

Wir werden die Dokumente veröffentlichen, die der Partei vorenthalten werden, aus denen man höchstens entstellt und gefälschte Titate brucht. Damit werden wir den Beweis erbringen, daß nicht wir, sondern die andere, die herrschende Seite, die Partei liquidiert. Wir werden sachlich zur Politik der Partei Stellung nehmen und zeigen, wo die Opportunisten stehen. Wir werden uns bemühen der Partei einen Weg zu zeigen, auf dem sie vorwärts kommt, statt zurück; auf dem sie sich verbinden kann mit den großen Massen des Proletariats, statt von ihnen isoliert zu werden; auf dem sie die wichtigste Voraussetzung für den Sieg schaffen kann: die Vernichtung des sozialdemokratischen Einflusses in der Arbeiterklasse. Wir werden beweisen, daß dieser Weg der Weg ist, den Marx, Rosa Luxemburg und Lenin uns gewiesen haben und auf dem allein die imperialistische Kriegsgefahr wirksam bekämpft und die Sowjetunion wahrhaft verlebt werden kann.

Wir sind bereit, gegen den Strom zu schwimmen, weil es die Revolution und ihre Interessen jetzt gebietet erforderlich. Man kommt uns nicht mit dem Vorwurf des Disziplinbruches. Nur zu gut wissen wir, daß die Grundlage einer revolutionären Partei die eiserne Disziplin ist. Aber die Disziplin und nicht der Rabavergehsam. An anderer Stelle lassen wir Lenin über die Voraussetzungen einer revolutionären Disziplin sprechen und jeder wird sich davon überzeugen, daß es die heutige Parteiführung ist, die die Grundlagen der revolutionären Disziplin zerstört. Die Partei kann nur ihre Aufgaben erfüllen, wenn die Parteimitgliedschaft das unabdingliche Vertrauen zu ihrer Führung und Politik hat und wenn dieses Vertrauen der Kenntnis der Tatsachen und der Klarheit über den Weg der Partei entspringt. Es gibt kein Vertrauen, das von oben kommandiert und erzwungen wird. Nicht von nichs als fasagern, sondern nur von rückgratfesten Männern kann die Revolution geführt werden. Darum werden wir unablässigt um alle Verleumdungen, Beschimpfungen all unsere Kräfte anstrengen, um die Partei zu stärken und in der Parteimitgliedschaft die Erkenntnis der Kampfnötwendigkeiten zu fördern, ihr Selbstvertrauen, ihre Kritikfähigkeit, ihren Willen zu festigen.

Wir hören bereits die Entrüstungsruhe der Parteiführung über die Herausgabe dieses Blattes. Man wird die Tatsache des Erscheinen des Mitteilungsblattes zum Auslaut einer wütenden Hege gegen uns nehmen, man wird damit versuchen über die Auseinandersetzung mit seinem Inhalt hinwegzukommen. Die Parteiführung mag schweigen! Wir haben taunusfach auf die Voraussetzungen einer wirklichen Parteidemokratie und einer wirklich klarenden und zusammenfindenden Diskussion hingewiesen. Die Antwort war: Sozialdemokraten, Konterrevolutionäre, Verschuldelemente, Antibolschewisten, Kleinbürger, Rennegaten und so eine weitere Strecke ins Land. Sie hat uns keinen anderen Weg gelassen als diesen. In ihrer Hand liegt es, das Mitteilungsblatt überflüssig zu machen. Die Voraussetzungen dazu haben wir wiederholt umschrieben.

Vorläufig aber müssen wir diesen Weg beschreiten und da dies anders nicht möglich ist:

Gegen den Strom!

Ihr Einverständnis mit dem obigen Aufruf und mit der Herausgabe des Mitteilungsblattes haben gegeben:

Erich Haufen, Bezirksleiter und Kandidat des R.V.

Reinhold Steffen, Befehlshaber des R.V. und bish. Stadtteil-leiter des Stadtteils Breslau-West.

Max Gläser, Bezirksssekretär der Roten Hilfe.

Walter Rein, Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion und Mitglied der Bezirksleitung.

Kurt Erbe, Sekretär der R.V., Stadtteil-leiter des Stadtteils Breslau-Nord und Mitglied der Bezirksleitung.

Oskar Weigelt, Mitglied der BL, Betriebsratsvorsitzender, Kartelldelegierter und Mitglied des Verbandsbeirats der Schuhmacher.

Walter Rosenfeld, Stadtteil-leiter des Stadtteils Breslau-Zentrum, Mitglied der Gewerkschafts-Amtl. der BL und Abteilungsleiter des R.V.

Walter Wi. Stadtteil-leiter des Stadtteils Breslau-Süd, Betriebsrat und Mitglied der Fraktionsleitung der komm. Metallarbeiter.

Georg Scholz, Mitgli. der BL und der Gewerkschaftsabtlg. der BL.

Erich Fleischer, Mitglied der BL und der Gewerkschaftsabtlg. der BL und Leiter der Fraktion der Staats- und Gemeindearbeiter.

Alfred Engel, Stadtverordneter, Zellenleiter und Betriebsrat.

Mag. Maxim, Bezirksleiter des komm. Jugendverbandes u. Mitgli. der BL.

Friedrich Sylla, Stadtverordneter, Org.-Leiter des Stadtteils Zentrum, Mitglied des Erwerbslosenausschusses und der Gewerkschaftsabteilung der BL.

Max Wilde, Org.-Leiter des Stadtteils Breslau-Nord.

Alfred Engemann, Mitglied des Betriebsrats der Eisenbahn.

Ludwig Widero, Gew.-Leiter des Stadtteils Breslau-Süd und Betriebsrat.

Felix Bieker, Betriebsratsobmann und Mitglied der Branchenleitung im DMW.

Erich Ludwig, Hauptklassierer des Stadtteils Breslau-Zentrum.

Richard Grüner, Hauptklassierer des Stadtteils Breslau-Ost.

Otto Ninné, Hauptklassierer des Stadtteils Breslau-Nord.

Alfred Thiel b. Hauptklassierer des Stadtteils Breslau-West.

Georg Martin, b. Orgleiter des Stadtteils Breslau-West.

Arthur Wartus, Betriebsrat.

Karl Haertel, Straßenzellenleiter im Stadtteil Breslau-West.

Martin Hoffmann, Straßenzellenleiter im Stadtteil Breslau-West und Mitgli. des Bezirks V. d. R. H.

Rudolf Wettschneider, Mitglied des Erwerbslosenausschusses und Unterlassierer des Stadtteils Breslau-West.

Friedrich Kubitschek, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-West.

Willy Ulrich, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-West.

Friedrich Böhöld, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-West.

Georg Haufe, Mitglied des Bezirksvorstandes der R.V. und U.-Klassierer im Stadtteil Breslau-Ost.

Herbert Fieger, Gewerkschaftsfunktionär.

Willi Thieling, Zellenleiter der R.V. im Stadtteil Ost.

Albert Hussy, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-Süd.

Paul Rosłowski, Literaturobmann im Stadtteil Breslau-Zentrum.

Karl Lindner, Agitprop-Leiter im Stadtteil Breslau-Zentrum.

Anna Vollmann, Frauenleiterin im Stadtteil Breslau-Zentrum.

Josef Eichhorn, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-Zentrum.

Leo Edert, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-Zentrum.

Fritz Stellmacher, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-Zentrum.

Fritz Volkman, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-Zentrum.

Mario Lubwirg, Frauenleiterin im Stadtteil Breslau-Zentrum.

Walter Seidel, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-Zentrum.

Paul Hein, Unterlassierer im Stadtteil Breslau-Zentrum und Zugführer im R.V.

Christian Scholz, Straßenzellenleiter im Stadtteil Breslau-Nord.

Paul Schucher, Betriebszellenleiter und Betriebsrat im Stadtteil Nord.

Erich Schirner, Betriebsratsobmann und Zellenleiter.

Georg Peters, Zellen-Orgleiter.

Max Kalfa, Vorsitzender des Betriebsrats des Magistrats der inneren Verwaltung.

Otto Schimansky, Betriebsrat der Schuhfabrik Dorndorf.

Paul Kuntze, Unterlassierer.

Herbert Lewin, Mitglied der Bezirksleitung des R.V.D.

Henry Kisteller, Mitglied der Bezirksleitung des R.V.D.

Si., Jugendleiter des Holzarbeiterverbandes.

Kurt Bimmermann, Betriebsrat, Stadtteil Breslau-Süd.

Martin Hoppe, Orgleiter des Stadtteils Breslau-Süd.

Willi Schönig, Abteilungsleiter des R.V. Breslau-Süd.

Hans Walla, Agitprop-Leiter des Stadtteils Breslau-Süd.

Georg Grank, R.V.-Zugführer im Stadtteil Breslau-Süd.

Artur Lieb, Literaturobmann des Stadtteils Breslau-Süd.

Josef R., Pol-Leiter des R.V.D., Gruppe Norel.

Albert Sperber, Pol-Leiter der R.V.D., Breslau-West.

Kurt Kreuzer, Org.-Leiter des R.V.D., Breslau-West.

Sammelt für unseren Pressefonds!



Unterstützt unseren Kampf für die Gesundung der Partei!

Was wir wollen.

Der jetzige scharfe Kampf in unserer Partei hat sich entsponnen, als an der Spitze der Partei schwere Korruption zu Tage trat und als diejenigen, die dieser Korruption entschlossen zu Leibe gingen und ihre Abstellung forderten, gemahngestellt werden sollten von denen, die die Träger der Korruption waren. In diesem Kampfe gegen die Korruption trat ein noch gräßeres Nebel zu Tage. Das war die bürokratische Entartung im Parteiausschuss, die Verhöhnung der Kritik und der Kontrolle von unten, die Ausschaltung der Mitgliedschaft von der Mitbestimmung in der Partei, die Auflösung des Parteiausschusses von der Mitgliedschaft, die Verwandlung der Parteidisziplin aus einer revolutionären Waffe in ein Mittel der Cliquenherrschaft.

In dieser bürokratischen Entartung im Parteiausschuss sehen wir eine tödliche Gefahr für die Partei. Bürokratische Entartung ist schlimm und gefährlich genug, wenn sie nach Eroberung der Macht eintritt. Sie ist noch gefährlicher, sie ist absolut tödlich, wenn sie vor Eroberung der Macht eintritt. Eine Partei, die in einen selbstherrlichen Beamtenapparat zerfällt, der befiehlt, und in eine passive Mitgliedschaft, die nur zu gehorchen hat, kann die Revolution weder vorbereiten noch durchführen. Sie muß bei jeder ernsten revolutionären Probe zerschellen. Die Revolution vorbereiten, führen und durchführen kann nur eine Partei, deren Mitglieder politisch selbsttätig sind, in denen der Geist der revolutionären Initiative und der Kritik lebendig ist und eine Führung, die sich aus den selbstgewählten Vertrauensmännern der Parteimitglieder zusammensetzt.

Darum wollen wir das tödliche Gift der bürokratischen Entartung und Erstarrung aus unserer Partei beseitigen.

Darum wollen wir eine wirkliche innerparteiliche Demokratie in unserer Partei durchführen.

Darum wollen wir eine wirkliche revolutionäre Disziplin schaffen.

Darum kämpfen wir gegen eine Führung, die sich der Gesundung der Partei in den Weg stellt.

Die bürokratische Entartung, die Lähmung der Selbsttätigkeit der Mitgliedschaft, die Erstickung der Kritik und der Kontrolle von unten vollendete in der alten Sozialdemokratie den Niedergang, die opportunistische Verseuchung, die zum Zusammenbruch der Sozialdemokratie am 4. August 1914 führten. Wir wollen keinen solchen Zusammenbruch in unserer Partei. Darum kämpfen wir, solange es noch Zeit ist. Wir kämpfen darum in den Reihen der Partei, solange auch nur ein Fussbreit Boden für diesen Kampf ist.

Dieses innerparteiliche System ist ein Rückschlag in die Methoden Maslows, daß von Heinz Neumann nach dem Sturz Maslows, dessen eifrigster Anhänger er bis dahin gewesen war, so gekennzeichnet wurde:

„Für Genossen Maslow existiert dies Problem nicht. Er zieht es vor, sich mit der Treibhagd auf jeden möglichen oder unmöglichen Opportunismus, sogar auf den angeblichen „Opportunismus“ Lenins zu beschäftigen. Es ist klar, daß aus diesem Irrtum schwere praktische Fehler entstehen müßten. Die sportähnliche Methode der Parteiführung mußte notwendig zur „persönlichen Diktatur“ (ohne jede Voraussetzung dafür), der Anhäufung aller Machtbefugnisse in den Händen einer engen Clique zur unerträglichen Selbstbewährerung und Bürokratisierung der bestehenden Gruppe unserer Partei führen. Die Gefahr dieses Systems lag nicht so sehr in seiner übermäßigen Stärke, die nur eine Schwäche ist, als vielmehr in seiner übermäßigen Schwäche, die sich bei jedem taktischen Schritt in der Partei fühlbar macht.“

Wir haben es heute innerparteilich nicht mit einer bloßen Wiederholung, sondern noch mit einer Verschlechterung der Maslowschen Methoden zu tun.

Dasselbe trifft zu auf den politischen Kurs der Partei. Gerebet wird von einer Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Getan wird alles, was der Sozialdemokratie die Besorgung der Geschäfte für die Bourgeoisie, die Erfüllung der Arbeiter, den Berrat am Proletariat erleichtert.

Eine traurige Probe dafür war die Unlage und Durchführung der Panzerkreuzerkampagne. Statt die Ursachen dieser Niederlage tüdsichtslos aufzudecken, um die Scharte auszuweichen, um die Methode des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu verbessern, wurde die Niederlage vor den Instanzen in einen Erfolg umstrukturiert. Ja noch mehr, dieser falsche Kurs wird zu einem System erhoben. Das muß unfehlbar zu neuen Niederlagen führen, es muß die Partei politisch und organisatorisch zugrunde richten, sie liquidieren.

Dieser falsche Kurs besteht in zweierlei. Erstens darin, daß die Taktik der Einheitsfront praktisch aufgehoben wird in Partei erüttelt

sie noch unter dem Namen der „Einheitsfront von unten“ — genau wie bei Maslow). Diese Taktik wurde von Lenin begründet am 3. Kongress der Kommunistischen Internationale und sie ist grundlegend für die ganze Periode, in der es gilt, die Mehrheit der Arbeiter und der Werkstätigen überhaupt für den Kommunismus zu gewinnen und so den Kampf um die Macht ideell und organisatorisch vorzubereiten. Das Fehlen einer Einheitsfronttaktik trug wesentlich bei zur Niederlage der Panzerkreuzerkampagne. Die Tatsache, daß die sozialdemokratischen und reformistischen Instanzen immer mehr verbürgerlichen, hebt die Notwendigkeit der Einheitsfronttaktik keineswegs auf. Gerade umgekehrt. Der Grundgedanke der Einheitsfronttaktik ist ja der, daß die sozialdemokratischen Arbeiter durch ihre eigene Kampferfahrung zum Kommunismus geführt werden sollen. Zu diesem Zweck haben wir solche Tagesslösungen auszuarbeiten, die der Kampfbereitschaft und den Bedürfnissen der Arbeiter, die noch nicht Kommunisten sind, entsprechen. Während aber die sozialdemokratischen Führer immer tiefer verbürgerlichen, vergrößert sich die Kluft zwischen ihnen und den sozialdemokratischen Arbeitern. Diese Kluft auszunutzen und zu erweitern, die sozialdemokratischen Führer von den Massen zu isolieren, und mit diesen Massen im Kampf zu verbinden: darin besteht die Aufgabe. Andererseits haben wir bei strenger Festhaltung der kommunistischen Grundsätze die kleinsten Risse und Spalten auch in dieser Führung zu überwinden, also die Gegenstöße zwischen linken und rechten Führern auszunützen.

Zweitens aber besteht der falsche Kurs in der Ablehnung der Propaganda revolutionärer Übergangslösungen, d. h. solcher revolutionärer Lösungen, die den Tagessämpfen die revolutionären Perspektiven geben, sie auf den Kampf um die proletarische Diktatur ausrichten. Übergangslösungen sind solche Lösungen, die sich aus den unmittelbaren Bedürfnissen der Massen ergeben, deren Durchführung aber bereits den Rahmen des kapitalistischen Staates sprengen, die folglich zum Kampf um die Diktatur des Proletariats überleiten müssen. Der Versuch auf eine konkrete revolutionäre Propaganda, die mit den Tagessämpfen organisch verbunden ist, aus ihnen herauswächst, muß — bei allem Geroß mit revolutionären Phrasen, unausbleiblich zum plattesten Opportunismus führen.

Wir wollen das Festhalten an der Taktik der Einheitsfront, ihre Ausarbeitung entsprechend der Lage und den Bedürfnissen des Klassenkampfes, wir wollen die Verbindung mit einer konkreten revolutionären Propaganda.

Wir wollen die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie nicht in Worten, sondern in Taten.

Darum kämpfen wir mit der größten Entschiedenheit gegen einen Kurs, der die Partei unsfähig macht, die Massen in den Tagessämpfen zu führen, diese Tagessämpfe revolutionär auszurichten, und der Sozialdemokratie und dem Reformismus das Wasser abzugeben.

Am grellsten offenbart sich dieser falsche Kurs in der Gewerkschaftsline der Partei, wie es durch den 4. Kongress der R.G.Z. sowie den 6. Weltkongress der Komintern bestimmt ist. Dieser Kurs ist gerichtet auf kommunistisches Abenteuerturnum, wie wir es seinerzeit in der K.A.P. erlebten, auf die Versuche, Kämpfe auszulösen nicht nur gegen den Willen der Gewerkschaftsinstanzen (was gut und möglich ist, wenn die große Mehrheit der betreffenden Arbeiter dazu bereit und wenn wenigstens die Möglichkeit eines Erfolges gegeben ist), sondern auch gegen den Willen der Mehrheit der Arbeiter, die für den betreffenden Kampf in Betracht kommen. Es hat bereits geführt zur Gegenüberstellung von Streikleitung der vorwiegend Unorganisierten gegen die der Organisierten (statt ihrer Verbindung), zur Knüppelkampf, was unseren Einfluß in den Gewerkschaften vollends vernichten, die Spaltungsbüros der Reformisten erleichtern und in unseren eigenen Reihen antigerewerkschaftliche Strömungen erzeugen muß.

Wie sich die neueste Streikstrategie der Partei auswirkt, kann man an der Tatsache erkennen, daß in Hamburg eine zum Donnerstag, den 1. November in den großen Saal der Graphischen Industrie einberufene Gewerkschaftsarbeiterversammlung mit dem Thema: „Die Lehren des Hafen- und Werftarbeiterstreites“ der Partei dreiviertel Stunden nach dem offiziell festgesetzten Beginn von sage und schreibe neun Genossen besucht war, und somit natürlich nicht stattfinden konnte!

Wir wollen, daß die Streiktaktik der Kampfkraft der Arbeiter und der Kampfslage sorgfältig angepaßt werden, so daß wir imstande sind, den Arbeitern zu beweisen, daß wir Streiks erfolgreicher führen können als die Reformisten, da wir sie vom Boden des Klassenkampfes aus führen. Wir wollen, daß die wirtschaftlichen Kämpfe in Verbindung mit einer den

konkreten Umständen und Bedürfnissen entsprechenden politischen Zielsetzung in daß Geleise des politischen Massenkampfes überführt werden.

Wir wollen schließlich, daß auch in der kommunistischen Internationale die Erschwerungen bürokratischer Entartung ausgemerzt werden. Wir wollen, daß die revolutionäre Kritik wieder Raum finde, daß mit dem System der Einsehungen und Absehungen der Führungen der Sektionen von oben her, daß mit dem System der Maßregelungen und Verschüttungen, daß mit dem System des Suchens von Sünderböden für die Fehler der internationalen Führung gründlich gebrochen werde. Wir wollen, daß die kommunistische Internationale in der Tat eine solche Führung werde, die die gesamten Erfahrungen der kommunistischen Bewegung in sich verkörpert.

Das wollen wir, weil wir die Reinigung und Reitung der Partei wollen. Dafür kämpfen wir mit der äußersten Entschlossenheit, weil wir die Revolution in Gefahr sehen. Dafür kämpfen wir in der Partei, solange auch nur ein Führeit Kampfmöglichkeit da ist. Auf diesen

Kampf können wir auch dann nicht verzichten, wenn die Instanzen dazu übergehen, die Organisationen zu verschließen, die diesen Kampf führen. Dann erst recht.

Die Partei sind die Mitglieder. Die Mitglieder sind nicht um der Führung willen da, sondern die Führung ist der Mitglieder wegen da. Die Disziplin der Partei ist eine revolutionäre Disziplin, aber sie kann nicht angerufen werden, um Korruption und linkes Liquidatentum zu schützen.

Die Einheit der Partei wie die revolutionäre Disziplin können nur gerettet werden durch den Kampf für eine wirkliche revolutionäre Führung, für eine wirkliche revolutionäre Politik, die die Massen für den Kommunismus gewinnt, für die innerparteiliche Demokratie, die den Willen der Mitgliedschaft zur Geltung bringt und sie aus Statisten einer hohen Parteibrigkeit in die wahren Träger des Partielebens verwandelt.

Der Ruhrkampf.

Die Aussperrung in der Rheißen- und Stahlindustrie ist ohne Frage der wirtschaftlich und politisch bedeutsamste Kampf in Deutschland seit vielen Jahren. Von seinem Ausgang hängt ab, ob es dem Kapital gelingt, entsprechend dem Programm des Kölner Bankertages die langsame Aufwärtsentwicklung der Nominallöhne in den letzten Jahren zu stoppen und generell eine Periode der Lohnreduzierung bei gleichzeitiger Steigerung der Kapitalsakkumulation durchzutragen und damit den schnellen imperialistischen Wiederaufstieg des deutschen Kapitals zu sichern oder ob es der Arbeitersklasse gelingt, biesen kapitalistischen Vorstoß abzuwehren und damit den Ausgangspunkt zu schaffen für den Beginn gesteigerter Kämpfe mit revolutionären Konsequenzen. Ein Sieg der Arbeitersklasse in diesem Kampfe wäre daher gleichzeitig der schwerste Schlag gegen den Imperialismus, gegen die „Stabilisierung“ des Kapitals.

Hat die Partei diese große Bedeutung dieses Kampfes erkannt und schlägt sie dabei eine Taktik ein, um ihrerseits alle Möglichkeiten des Sieges der Arbeitersklasse zu schaffen? Man muß hier leider mit einem vollen Nein antworten.

Der Riesenkampf begann, im Gegensatz zum Hüttenarbeiterkampf des Vorjahrs, unter für die kommunistische Partei sehr günstigen Bedingungen. Für jeden Kenner der Verhältnisse ist klar, daß die Gewerkschaften von sich aus in der Stahlindustrie niemals den offenen Kampf begonnen hätten. Und dies aus einem sehr einfachen Grunde. Gegen das übermächtige Kapital in der Schwerindustrie ist mit den abgebrauchten Waffen des Reformismus nicht das geringste auszurichten. Da mit dem nur gewerkschaftlichen Kampf nichts zu erreichen ist, die Reformisten aber den politischen Massenkampf um seiner revolutionären Konsequenzen willen schroff ablehnen, stehen sie den Schwerindustriellen ohne jede Offensivkraft gegenüber. Nun haben aber die Unternehmer und dazu noch trotz der Verbindlichkeitserklärung eines elenden Schiedsspruchs ausgespielt (ausdrücklich hat wie soeben bekannt wird das Arbeitsgericht den Standpunkt der Unternehmer zum verbindlich erklären Schiedsspruch akzeptiert) sie haben sich dadurch nicht nur von vornherein formell ins Unrecht gesetzt, sondern auch sämtliche Arbeiter, daß heißt, auch die unorganisierten, die die grohe Mehrheit vorstellen, restlos in den Kampf gestoßen.

Dadurch wurde eine Situation geschaffen, die für die Revolutionäre sehr günstig, für die Reformisten aber sehr unbequem war. Die Reformisten konnten beim besten Willen dem Kampf nicht ausweichen. Für die SPD, oder richtig gesagt, für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, kam jetzt alles darauf an, den Reformisten den Rückzug unmöglich zu machen. Vor allen Dingen erforderte das Schaffung einer möglichst geschlossenen Front aller kämpfenden Arbeiter.

Das Zusammenrücken der Organisierten und Unorganisierten, die Belebung und Steigerung der ganzen Bewegung konnte nicht durch mechanische Mittel (Wahl von Kampfleitungen) erzielt werden, auch nicht durch Parolen, die so allgemein gehalten sind, daß sie immer richtig und eben darum in dieser konkreten Situation ungenügend, unwirksam und somit direkt schädlich waren. Unsere Partei hat einen ganzen Satz von Lösungen ausgetragen, aber davon nicht eine, die geeignet war die Massen anzugreifen und in Bewegung zu bringen. Mit der Lösung: „Sturz der Bourgeoisie — Diktatur des Proletariats“ sind gegenwärtig die nur noch fernstehenden Massen nicht zu mobilisieren. In einer

Situation, wo die Unternehmer trotz eines für verbindlich erklären Schiedsspruches aussperren, ist nach unseren Dokumenten mit der Parole: „Nieder mit dem verbrecherischen Schlichtungssystem“ die Zusammenschweißung der Massen zu einem geschlossenen und entschlossenen Kampffront nicht zu erreichen. Auch die Losung: „Nieder mit dem Hungerschiedsspruch!“ konnte in der gegebenen Lage bei den Massen nicht gücken. Wir mußten selbstredend an den ursprünglichen Forderungen festhalten, aber wir konnten dem gesteckten Ziel nur durch die Herausgabe solcher Kampfslösungen näher kommen, die aus der gegebenen Situation geboren, für jeden Arbeiter verständlich sind, die aber doch ihrem Wesen nach über den engen Rahmen einer Lohnbewegung hinausführen und so den Kampf zu einem politischen Kampf machen. Die Kampfslösung, die unter den vorliegenden Umständen am Beginn des Kampfes ausgetragen werden mußte, hat Genosse Bassiner in der ZK-Sitzung vom 2. November genannt. Er schlug vor, daß im Ruhrkampf die Massen der Ausgesperrten von der Regierung fordern sollen: Fortzahlung der Löhne auf Kosten der Unternehmer (zu diesem Zwecke Beschlagnahme ihrer Bankkonten). Es ist kein Zweifel, daß alle organisierten und unorganisierten Ausgesperrten dies als erstrebenswert anerkannt und dementsprechend diese Parole aufgenommen hätten. Selbstverständlich hätte sich die Regierung und die SPD geweigert diesen Schritt zu machen, selbstverständlich wäre die Durchführung dieser Maßnahme ein Altprinzipieller Eingriff in das Privateigentum und könnte nur mit revolutionären Gewaltmitteln durchgeführt werden. Doch das trifft auf jeden wirklich revolutionären Kampf zu. Das entscheidende dabei ist, ob die Masse des Proletariats von der Richtigkeit und Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt ist und dementsprechend ihren Willen, ihre Kampfkraft einsetzt. Das aber wäre

Lenin über die Auswahl der Führer

In seinem Bericht vor den Moskauer Funktionären über den VI. Weltkongress führte der Gen. Bucharin folgendes aus:

„Ich mußte auf dem Kongress Lenins überaus kluge Worte erwähnen, die er mir und Gen. Sinowjew schrieb: „Wenn Ihr Euch nur folglose Dummköpfe halten und alle abstößt, die nicht ganz so folgsam sind, aber keine dummen Leute, so werdet Ihr die Parteien bestimmt zugrunde richten.“ Wir sind der Ansicht, daß man diese Regel im Gedächtnis haben und dementsprechend vorgehen muß. Sie darf jedoch nicht in etwas anderes, und zwar in eine überflüssige Duldsamkeit Abweichungen gegenüber ausarten. Gegen Abweichungen muß man kämpfen und sie überwinden. Das versteht sich von selbst, das ist ABC-Weisheit für jeden Bolschewiken. Aber bei einer solchen „Wirtschaft“ wie in unseren Parteien, bei einem äußerst unzureichenden führenden Kader, muß man sich diese Leninsche Rede aufs nachdrücklichste einprägen.“

Die deutsche Praxis zu dieser Theorie sind die Massenentlassungen von Sekretären und Redakteuren, die Maßregelung aller Genossen, „die nicht so folgsam sind, aber keine dummen Leute.“

zweifellos zu erreichen, und damit der Hauptziel, die Weiterreibung des Kampfes erreicht.

Was macht statt dessen die Partei? Sie schreit tagtäglich von der politischen Bedeutung des Kampfes, führt ihn aber nur in der denkbaren ungeschicktesten Weise. Statt die Fortzahlung der Löhne als Kampflösung für die Ausgezeichneten zu stellen, lenkt sie diese Frage in eine opportunistische Form auf das parlamentarische Gebiet, indem sie im Reichstag für jeden Ausgezeichneten 20 Mf. Wochenunterstützung fordert und im übrigen sich beschämt auf die auch von den Reformisten aufgestellte Forderung der Ausszahlung von Erwerbslosenunterstützung. Das ist in der Tat eine rein reformistische Politik, durchgeführt von einer Parteileitung, die nicht genug schreien kann über die „rechten“ Opportunisten.

Noch katastrophaler ist aber die gewerkschaftliche Seite der Parteitaktik. Jetzt, wo alles darauf ankommt, durch eine geschlossene Front aller Arbeiter und hierbei selbstverständlich vor allem der organisierten Arbeiter die reformistische Gewerkschaftsbürokratie unter den schärfsten Druck zu setzen, macht die Partei keinen ernsthaften Versuch, ihren durch viele Eleien sowieso geschwächten Einfluss in den Gewerkschaften zur Geltung zu bringen und zu verstärken. Sie lässt die Gewerkschaften als „unwichtig“ links liegen und konzentriert ihre ganze Arbeit auf die Unorganisierten. In programmatischen Richtlinien zur Bildung „einheitlicher Kampfleitungen“ heißt es im „Ruhrecho“ vom 2. November wörtlich:

„Die revolutionäre Opposition muss unverzüglich Versammlungen der unorganisierten Kampfteilnehmer einberufen. Sie muss sie dort . . . veranlassen, sich eine Kampfleitung zu wählen.“

. . . Es ist erforderlich, daß sich Kampfleitung der Unorganisierten ebenso wie die der gewerkschaftlichen Streiklokale einrichten.“

Entsprechend diesen Richtlinien werden jetzt in Essen, Bochum, Hamm, Bremen usw. „Kampfleitungen“ gewählt. Das sei nur aus einem der vielen Berichte in der Parteipresse illustriert. Das „Ruhrecho“ vom 6. November enthält folgende Notiz:

„Eine GHD-Kampfleitung gebilbet.“

„Dessentliche Metallarbeiterversammlung der „Gute-Hoffnungshütte“ im Lokal Topp, Versammlung war von ungefähr 500 Personen besucht. Saal war voll. Das Referat sowie die von der kommunistischen Partei eingebrachte Entschließung wurde einstimmig angenommen und gutgeheissen.“

Es wurde die Wahl einer Kampfleitung, bestehend aus fünf unorganisierten Kollegen des Betriebes getätig.“

Welchen kommunistischen Gewerkschafter beschleicht beim Lesen dieser Notiz nicht ein Gefühl der Scham? Hier wird doch von der Partei

geradezu jedem Arbeiter eingehämmert, daß es ein Verdienst, ein besonders revolutionärer Vorzug ist, gewerkschaftlich unorganisiert zu sein. Das Bild wird aber noch trostloser, wenn man erfährt, daß in der Gute-Hoffnungshütte etwa 8–10 000 Arbeiter beschäftigt sind, wovon dann 500 (wohl sicherlich waren es viel weniger) Unorganisierte die „GHD-Kampfleitung“ stellen. Diese Art von „Kampfleitungen“ hat nun die Partei am 9. November zu einer Bezirkskonferenz zusammenberufen um eine Zentralstreileitung wählen zu lassen.

Genug der Schilderung. Was muß die Wirkung einer solchen Politik und Taktik sein. Die Parteileitung behauptet und bildet sich ein mit diesen Kampfleitungen der Unorganisierten „die Sabotage der einheitlichen Kampffront der christlichen und reformistischen Gewerkschaftsführer zu durchbrechen“.

Das genaue Gegenteil muß bei dieser Taktik eintreten. So notwendig die stärkste Agitation und Propaganda unter den Unorganisierten ist, so sollte man doch keinen Augenblick außer Acht lassen, daß der entscheidende Faktor der gewerkschaftlich organisierte Teil der Arbeiterschaft bildet. Nur durch ihn kann man die Bürokratie unter Druck, nur durch ihn kann ein gesundes Verhältnis zu den Unorganisierten hergestellt und nur durch ihn können die Reformisten unschädlich gemacht werden.

Hat die Bürokratie die Mehrheit der Organisierten hinter sich, dann kann sie machen, was sie will und die Proteste der Unorganisierten und der „Streileitungen der Unorganisierten“ werden daran nichts ändern. Indem die Partei durch ihre Taktik sätzlich Organisierte und Unorganisierte trennt, indem sie sich als die Partei der Unorganisierten etabliert, treibt sie den Reformisten die Organisierten noch fester in die Arme, betätigt sie sich als der beste Helfer der sozialdemokratischen Niederlagenstrategen, erleichtert in jeder Hinsicht deren Verrat. Das ist nicht revolutionär, sondern in der Wirkung konterrevolutionär.

Es ist daher revolutionäre Pflicht jedes wirklichen Kommunisten, diese grundfalsche und schädliche Linie und Taktik zu bekämpfen. Gewiß muß alles getan werden, um an Stelle der reformistischen Bürokratie-Streileitungen wirkliche, dem Willen der ländlichen Arbeiter entsprechende Betriebs- und Zentralstreileitungen zu schaffen. Dazu ist notwendig, Organisierte und Unorganisierte zusammenzuführen, durch unermüdliche Aufklärungsarbeit und gute Kampflösungen vor allem die Organisierten dem Einfluß der Reformisten zu entziehen und so eine geschlossene, die erdrückende Mehrheit aller Ausgezeichneten darstellende Kampffront zu schaffen. Eine solche Kampffront ist dann auch fähig, den Kampf trotz und gegen jede reformistische Sabotage weiterzuführen bis zum Erfolg.

Die Lage in der Partei.

Man kann sagen, daß eher die KPD. in Trümmer gehen, als daß unter dem heutigen Regime das BL. in die Würde kommen wird. Das BL. mißbraucht den ganzen Parteapparat, Organisation und Presse, zur Verfälschung der Genossen, das BL. duldet bei den Parteiangestellten (Sekretären und Redakteuren) nicht den Schimmer einer eigenen Meinung (Herr Blenske), das BL. treibt eine Taktik der Maßregelungen, Einschüchterungen, der Korrumperungen und beschimpft jeden, der eine selbstständige Auffassung zu äußern wagt, als „Verleumder“, „Liquidator“, „Oppositionist“, „Renegat“, „Agent Stampfers“, „Verräter“ und was dergleichen abgebrachte Schlagworte noch mehr sind.

Mit solchen Methoden kann man dann noch fünf Minuten vor 12 „einstimmige“ Beschlüsse erzielen, wie Maslow und Ruth Fischer auf dem Berliner Parteitag sechs Wochen vor dem Erscheinen des „Offenen Briefes“ demonstriert haben.

Diese Sachlage muß man sich bei Wertung der innerparteilichen Abstimmungsergebnisse vor Augen halten. Es gibt heut nicht einen Bezirk, wo nicht eine Opposition in unserem Sinne vorhanden ist. Nicht überall dringt sie an die Oberfläche, nur in relativ seltenen Fällen kommt sie in den Abstimmungsergebnissen in ihrer wahren Bedeutung zur Geltung.

Trotz alledem wagt es die BL. nicht, die Parteimitgliedschaft objektiv über die innerparteiliche Lage zu unterrichten. Entscheidungen der Mitglieder oder Funktionäre, die gegen das BL. gerichtet sind, dürfen ja — wie bekannt — in unserer Parteipresse überhaupt nicht abgedruckt werden.

Um dieser gewollten Täuschung der Mitglieder entgegenzuwirken, werden wir in unseren Spalten fortlaufend solche Tatsachen mitteilen, die das BL. der Mitgliedschaft gerne verschließen möchte.

* * *

Das BL. und seine Vertreter juchen überall den Anschein zu erwecken, als ob es nirgends eine Opposition gibt. Wo sie sich an Ort und Stelle notgedrungen mit der Opposition auseinandersehen müssen, tun sie so, als ob die örtlichen oder bezirklichen Verhältnisse in diesem Falle etwas Ausnahmeweises und Anormales wären, daß dort zwar auch mal eine Opposition lautgeworden sei, aber das sei alles im Abslauen begriffen, daß BL. habe Erfolg auf der ganzen Linie. Solche Märchen werden besonders von den Bezirken Thüringen und Schlesien verbreitet. Wir stellen daher einige knappe Tatsachen fest:

Die Lage im Bezirk Schlesien. Die Position der Opposition hat sich dort in seiner Beziehung verschlechtert. In Breslau ist nach wie vor die große Mehrheit hinter Hausen und Genossen. Im Stadtteil West, wo es vor einiger Zeit der BL. durch Neberrumpelung gelungen war, eine knappe Mehrheit zu erzielen, hat sich inzwischen eine Parteiarbeiterkonferenz mit %-Mehrheit auf den Standpunkt der Opposition gestellt. Im Bezirk zeigen sich für die Opposition wachsende Sympathien. Korreferenten werden verlangt. Bis jetzt hat die Opposition im Bezirk — ausgenommen zwei Fälle — überall dort die Mehrheit, wo sie die Möglichkeit hatte, ihre Aussöhnung vor den Mitgliedern darzulegen.

Thüringen. In Thüringen hoffte das BL. unter Anwendung aller obligaten Druckmittel mit Hilfe ihrer anpassungsfähigen Kommissare ohne die direkte Absehung des Genossen Tittel die Mitgliedschaft zer-

müchten zu können. Diese Spekulation hat sich als verfehlt erwiesen. Darum hat das B.R. sich zu einem neuen Gewaltstreich entschlossen und die Absehung der Genossen Tittel und Smolka verfügt, ungeachtet der Tatsache, daß die beiden das volle Vertrauen der Mehrheit der B.R. und auch der Mitgliedschaft besitzen. Die Mehrheit des Bezirks steht fest hinter der B.R. Ein Erfolg des B.R. in Erfurt ist darauf zurückzuführen, daß es dem B.R. mit Hilfe seines gesamten Apparats gelang, unter Ausnützung eines lokalen Vorfalls eine Progräomtimmung zu erzeugen.

Im Frankfurter Bezirk beginnt sich die Mitgliedschaft, die durch die Ereignisse in der B.R. und die Absehung des Bezirksleiters Heuse in Verwirrung geraten war, wieder auf sich selbst zu befreien. Überall zeigen sich Ansätze zu einer gefundenen Opposition. In Wöhlheim haben sich die Funktionäre nahezu einstimmig hinter Heuse gestellt. Dasselbe war der Fall in einer Mitgliederversammlung in Oberingelheim. Das ist der Heldenort von Dengel.

In Offenbach, wo das B.R. sieberhafte Anstrengungen gemacht hatte, ergab in einer allgemeinen Mitgliederversammlung die Abstimmung für die Resolution Calm 340, für die von Münzenberg 60 Stimmen. In Hanau hatte Münzenberg eine Mehrheit von 118 gegen 78. Die Schwäche der Hanauer Opposition, die von Münzenberg natürlich auch erkannt und ausgenutzt wurde, bestand in ihrer zaghasten, heimliche ver-

söhnerischen Haltung. Schwankungen, Zweideutigkeiten führen überall zur Niederlage der Opposition. Wenn die Hanauer zu lernen verstehen, werden sie die Scharte halb ausweichen können.

In Sachsen besteht in allen drei Bezirken eine aktive, zielbewußte Opposition. Am stärksten ist sie in Westsachsen, wo unsere Genossen bekanntlich in letzter Zeit zweimal zusammen mit den „Versöhnern“ eine Mehrheit gebildet haben. Im Chemnitzer Bezirk hat sich dieser Tag der Unterbezirk Delitzsch mit 12 gegen 9 Stimmen gegen das B.R. entschieden. In Ost Sachsen hat die rührige Opposition eine Reihe Erfolge zu buchen. Die Ortsgruppe Bischachwitz hat mit 31 gegen 26 Stimmen sich gegen das B.R. entschieden. In Heidenau wurde nach einem Referat des Orgelschreibers Hoop mit allen gegen eine Stimme beschlossen, den Genossen Hausen als Korreferenten anzufordern. In Radeberg beschlossen die Funktionäre einstimmig, einen führenden Oppositionellen als Korreferenten zu holen. In Donau hat eine Mitgliederversammlung nach einem Referat von Röbel sich mit 10 gegen 5 Stimmen für die Opposition entschieden.

Im Sachsenwerk bei Dresden nahm die Betriebszelle entgegen dem Verbot des Bezirksleiters Röbel ein Referat des Genossen Hausen mit 23 gegen 5 Stimmen entgegen.

Der Unterbezirk Oppeln (Oberschlesien) nahm in einer U.W.-Sitzung gegen den Elfi-Beschluß einstimmig Stellung.

Die Auswirkungen der Parteikrisis auf die Jugend.

Das B.R. der Partei hat das Jugend-B.R. auseinandergerissen. Der bisherige Vorsitzende der Jugend, Bleckle, ist aus der Jugendleitung herausgenommen worden und soll in der Parteiarbeit verwendet werden. Erich Rau wird nach Moskau abgeschoben. Und der Grund von alledem? Die genannten durchaus B.R.-treuen Genossen haben ein Rundschreiben versandt, in dem sie betonten, daß man den Beschluß der Exekutive im Fall Thälmann nicht ohne weiteres billigen könne. Diese Genossen haben das Verderbliche des gegenwärtigen Kurses noch keineswegs erkannt. Sie verhalten sich zu der Parteileitung durchaus loyal und trotzdem werden sie gemahngestellt, nur weil sie sich erlaubt haben, einen ganz bescheidenen Vorbehalt zu äußern.

Bei der Jugend scheint das Parteiregime noch überboten zu werden. Am Sonnabend tagte das Jugend-B.R. Es hat den Genossen Luft Leipzig wegen der Herausgabe von Oppositionsmaterial und weil die Leipziger Jugend den Genossen Trödlich als Referenten verwandte, aus dem B.R. ausgeschlossen. Das geschah, obgleich die Leipziger Jugend in ihrer erdrückenden Mehrheit hinter ihrer Leitung steht. In allen vier Leipziger Bezirken wurden für die oppositionelle Leitung 191 Stimmen abgegeben, und gegen sie 66.

Die Reichskonferenz, die am Sonntag tagte, hat dem zweiten Leipziger Delegierten das Mandat überflogen, obwohl der Bezirk über 1100 Mitglieder zählt und so auf zwei Mandate Anspruch hat. Dengel hielt das übliche Referat. Erwähnenswert ist davon nur die Bemerkung, daß die Reformisten bereits in der ganzen Welt entlarvt seien, daß man deshalb keine Einheitsfrontaktivität zu betreiben brauche. Dengel teilte mit, daß bis zum 31. Dezember die ganze Partei in ihrem Funktionärskörper von Rechten und Versöhnlern gereinigt sein müsse. Dasselbe gelte natürlich auch für die Jugend. Funktionär könne in Zukunft nur noch sein, wer sich vorbehaltlos zum B.R. befenne. Genosse Thaleim-

Leipzig, der mit verlängertem Redezzeit sprach, konnte seine Ausführungen nicht beenden, da er von der aufgepeitschten Versammlung niedergebrüllt wurde. Dengel nannte die Vertreter der Opposition „Offene Renegaten“, die „im Lager der SPD“ stehen. „Hinaus mit ihnen“ rief er in den Saal. Dengel, dieser fragwürdige Intellektuelle, nannte die Leipziger oppositionellen Jugendlichen „hochnäsige Intellektuelle“, die Fleisch vom Fleische der SPD seien.

Gegen die vorgelegte Resolution gaben die Leipziger eine Erklärung ab, in der sie sich zu den grundlegenden Beschlüssen des 6. Kongresses bekannten, aber den innerparteilichen Teil der Resolution ablehnten. Trotz dieses, wie man sieht, verhältniswerten Inhalts der Resolution war sie Unlängt, daß die Sitzung unterbrochen wurde, daß das Büro und die Exekutive unter Hinzuziehung von Dengel zusammenrat, um nach einer viertelstündigen Beratung einen Antrag vorzulegen, in dem gesagt wird, daß die Erklärung liquidatorisch sei und beweise, daß die Versöhnlern offen zur Rechten übergegangen seien. Die Versöhner seien jetzt der Hauptfeind, gegen sie müsse das Hauptfeuer gerichtet werden. Konkret war gegen die Genossen Luft, Thalheim, Uhlmann eine Menge und die Enthebung von allen Funktionen beantragt.

Von der Opposition wurde kategorisch die Widerrufung ihrer Auffassungen, die Anerkennung, daß die Herausgabe des Materials ein schwerer Fehler sei und die Einhaltung der Disziplin bis zur leichten Konsequenz verlangt. Die B.R.-Mitglieder gaben sich alle erdenkliche Mühe, um namentlich den Genossen Luft zur völligen Kapitulation zu überreden. Man stellte ihm einen Sekretärsposten in Aussicht und sagte ihm direkt, es entscheide sich seine ganze Zukunft. Vergebens wies Genosse Luft auf die verhängnisvollen Wirkungen eines solchen Beschlusses hin. Mit allen gegen eine Stimme wurde der Antrag angenommen und die Genossen aufgefordert, sofort das Tagungsort zu verlassen.

Die Wirkung des neuen Kurses auf die Parteiorganisation.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Müdigkeit und Passivität greifen in der Partei weiter um sich. Es ist ein Jammer. Unlängt fand hier eine Parteiarbeiterversammlung Nord und Süd statt. Es gibt da etwa schätzungsweise 1000 Mitglieder. Erschienen sind einschließlich der Stadtkirche 21 Parteiarbeiter. Eine ganze Zellengruppe war überhaupt nicht vertreten. Noch ausschlußreicher ist eine andere Tatsache. Am Donnerstag, den 1. November sollte im großen Saal der graphischen Industrie eine Versammlung der Gewerkschaftsarbeiter der Partei stattfinden. Auf der Tagesordnung stand: „Die Lehren des Hafen- und Werftarbeiterkampfes.“ Dreißig Minuten nach dem festgesetzten Versammlungsbeginn waren sage und schreibe 9 Mann erschienen. Es blieb nichts anderes übrig, als die Versammlung zu verlagern. Und das kurz nach Beendigung des Hafenarbeiterstreiks und in einer Situation, wo der Weristarbeiterkampf noch im Gange ist.

Es wird hier und auch im Reiche draußen versucht, das Ergebnis der Taktik beim Weristarbeiterstreik als einen Erfolg hinzustellen. Es ist offensichtlich, daß die betroffenen Genossen an alles Mögliche, nur nicht an einen Erfolg unserer Taktik im Weristarbeiterstreik glauben.

Die Beitragssleistung ist äußerst mangelhaft. Es gibt Sellen, wo kaum die Hälfte der Mitglieder Beiträge zahlt.

Ahnliche Klagen kommen auch aus anderen Teilen des Reiches.

Genossen!

**Werbet Leser für unser Mitteilungsblatt.
Bestellungen sind zu richten an Reinh.
Steffen, Breslau 6, Alsenstr. 50"**

Erklärung der Genossen

Paul Böttcher-Leipzig, Hans Tittel-Jena, Kurt Lehmann-Jena
abgegeben auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz am 4. November 1928.

Von der Wehrheit des B.R. sind in Resolutionen, in der Parteipresse und in der Organisation gegen uns ebenso schwere und insamiterende wie unbegründete Vorwürfe erhoben worden. Zugleich ist uns in statutenwidriger Weise das Recht genommen worden, uns zu diesen Vorwürfen in der Parteidärflichkeit zu äußern. Diese systematische Verleumdungskampagne zwingt uns zu folgenden Feststellungen:

1. Man wirft uns vor, wir seien Liquidatoren. Die Partei liquidiert, wer die Grundzüge und Ziele des Kommunismus (Diktatur des Proletariats, Räte) oder die Grundlagen der kommunistischen Taktik aufstellt. Niemand hat auch nur versucht, den Schatten eines Beweises dafür zu erbringen, daß wir uns bei einem oder anderen schuldig gemacht hätten. Wir wollen, daß die von Lenin gelegten Grundlagen der Taktik zur Überwindung der Sozialdemokratie und des Reformismus festgehalten und angewandt werden.

Durch diese Verleumdung (wir seien Liquidatoren) sollen die Parteimitglieder darüber hinweggetäuscht werden, daß die richtige kommunistische Taktik von ultralinken her liquidiert wird. Der jetzige Kurs der Parteiführung ist weiter nichts als eine verschlechterte Auflage des Maslow-Ruth-Fischer-Kurses. Durch diesen Kurs werden die von Lenin insbesondere auf dem 3. Weltkongreß formulierten Grundlagen der kommunistischen Taktik, deren Kernstück die Taktik der Einheitsfront ist, liquidiert. Die praktische Aufhebung der Einheitsfront bedeutet die Liquidierung der bewährten und richtigen Methode zur Bekämpfung des Reformismus, zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter. Das Verbot der Propaganda revolutionärer Übergangslösungen bedeutet, daß unserem Tageskampf die revolutionäre Perspektive genommen wird, bedeutet den Verzicht auf die ideologische Vorbereitung revolutionärer Maßnahmen, bedeutet Liquidatorentum von rechts her.

Gegen das "linke Liquidatorentum" (Lenin), das, wie das angeführte Beispiel zeigt, zu offenem Opportunismus führt, werden wir auf daß Entschiedene kämpfen.

2. Man wirft uns ein Bündnis mit den Ultralinken vor. Wir haben die Politik der Ultralinken von der ersten Stunde an bekämpft, schon zu einer Zeit, als die Führer der Mehrheit des B.R. den Maslow und Ruth Fischer als gelehrte Schüler zu führen sahen. Wir lehnen auch heute die Politik von Urbahns als falsch und schändlich ab.

Die Parteiführung hat aber die Ultralinken niemals konsequent politisch bekämpft. Sie hat bei den Ultralinken nur einzelne praktische Auswirkungen ihrer Politik bekämpft, aber nie die Grundlagen der ultralinken Taktik klargesetzt und überwunden. Darum mußte sie nach der mechanischen Entfernung der Ultralinken aus der Partei in den ultralinken Kurs zurückfallen. Das zeigt sich vor allem auf gewerkschaftlichem Gebiet.

3. Man wirft uns vor, wir wollten den Kampf gegen den Reformismus abschwächen, ja, man wagt es sogar, die unerhörte Abschuldigung zu erheben, wir gingen dem Weg zu Stampfer.

Wir wollen die Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus, nicht nur in Worten, wie die Instanzenmehrheit, sondern in der Tat, durch eine richtige kommunistische Politik, die den Einfluß der Reformisten vernichtet und die die Massen unter die Führung der kommunistischen Partei bringt.

Die heutige falsche Politik der Parteiführung schwächt den Reformismus nicht, sie dient vielmehr objektiv seiner Stärkung, sie hält die Massen von unserer Partei ab, sie hindert sie, mit der Sozialdemokratie zu brechen.

4. Man erklärt, wir seien Feinde der Exekutive, weil wir ihren Beschluss in Sachen Thälmann und ihren Kurs in Deutschland für katastrophal halten und ablehnen. Wir halten es nicht nur für unser Recht, sondern für unsere Pflicht, gegenüber der kommunistischen Internationale Beschlüsse des Präsidiums der Exekutive zu kritisieren, die die Kampfstrafe ihrer Sektionen, in diesem Falle der KPD, schwächen, weil diese Schwächung auch eine Schädigung der internationalen Kampfgemeinschaft des revolutionären Proletariats ist. Nur auf der Grund-

lage der Entwicklung der höchsten Kampfkraft jeder einzelnen Sektion in ihrem Lande kann eine wirkliche internationale Kampfgemeinschaft beruhren.

5. Man wirft uns vor, wir seien Gegner der Linie des 6. Kongresses. Wir halten diese Linie allerdings in den Teilen für falsch, wo sie den heutigen Kurs und das heutige Regime in der KPD bestätigt.

Das Recht der Kritik an den Beschlüssen des Kongresses steht jedem Parteigenossen zu, sonst wäre eine Diskussion darüber gänzlich überflüssig.

6. Man wirft uns Bruch der Parteidisziplin und Fraktionärmacherei vor. Die Parteiführung hat alle Grundlagen der Parteidisziplin mutwillig zerstört. Sie hat statt des durch die Statuten vorgeschriebenen demokratischen Zentralismus das System eines bürokratisch entarteten Zentralismus aufgerichtet. Sie hat die Mitglieder politisch entmündigt, sie hat die politischen Auseinandersetzungen in der Partei durch einen Eliquenkampf in der Führung erachtet. Die Mehrheit des B.R., auf der die Verantwortung für eine falsche, den Interessen der Partei widersprechende Politik und für die Duldung der Korruption lastet, arbeitet mit rein fraktionellen Methoden, um die Kritik der Mitglieder zu erschrecken, um die Herrschaft des unkontrollierten Apparates aufrecht zu erhalten. Keine Stimme der Kritik wird geduldet, Beschlüsse von Organisationen, die sich gegen dieses System richten, werden in der Presse unterdrückt. Diejenigen, die für die Gesundung und Rettung der Partei und für Beseitigung dieser unbefriedigenden Zustände eintreten, werden mit Verleumdungen überschüttet. Dieses B.R., das alle statutarischen Rechte der Mitglieder missachtet, dieses B.R., das seine Pflichten gegenüber den Mitgliedern gräßlich verletzt, ist das größte Hindernis der wirklich revolutionären Disziplin in der Partei. Die wirklich revolutionäre Disziplin setzt eine richtige kommunistische Politik, eine Teilnahme der gesamten Mitgliedschaft an der Ausarbeitung der Politik der Partei voraus. Für diese Voraussetzung der revolutionären Disziplin werden wir gegen alle fraktionellen Intrigen der Instanzenmehrheit kämpfen.

Der falsche allgemein politische und innerparteiliche Kurs führt die Partei ins Verderben. Wir werben mit allen Mitteln für die Rettung der Partei kämpfen. Keine Heile und keine Maßregelung werden uns von diesem Kampf abhalten, den wir als unsere Pflicht gegenüber der russischen Revolution betrachten. Denn es geht in dieser Auseinandersetzung um die Grundlage einer richtigen kommunistischen Politik in Deutschland und die einzige wirksame Hilfe für die russische Revolution besteht nicht in der hohen Deklamation, sondern in der Arbeit für die Revolution im eigenen Lande.

Die Instanzenmehrheit setzt ihrer parteigerörenden Tätigkeit durch eine Ausschlußbehe gegen uns die Krone auf. Die Spaltungsbüchsen zeigen allen Mitgliedern der Partei mit der größten Deutlichkeit, daß es für sie nur einen Weg gibt, der im Interesse der Partei liegt, nämlich, ungeachtet aller Einschüchterungsversuche und aller Verleumdungen den notwendigen Kampf für die Gesundung der Partei zu führen, bevor es zu spät ist.

Die Auferkroßziehung der elementarsten statutarischen Rechte der Mitglieder hat verschiedene Genossen zur Selbsthilfe gezwungen. Sie haben sich das ihnen vorenthalte Partierecht selbst genommen, um den Genossen das zur Beurteilung der Streitfragen notwendige Informationsmaterial zuzustellen. Die Parteinstanzen haben es in der Hand, solche Akte der Selbsthilfe überflüssig zu machen.

Wir erklären, daß wir sofort und unbedingt auf solche notgebrungene Akte der Selbsthilfe verzichten, sobald die Parteileitung ihre fraktionellen Methoden aufgibt und normale Bedingungen des Partelebens in Übereinstimmung mit dem Wortlaut und Sinn der Partiestatuten herstellt.

Paul Böttcher-Leipzig Hans Tittel-Jena Kurt Lehmann-Jena

Der Genosse Kroisch-Freiburg (Schlesien), hat mit den genannten Genossen gegen die Resolution des B.R. gestimmt. Man hat ihr darob natürlich sofort zum Liquidator gestempelt.

Rede des Gen. Böttcher-Leipzig

auf der Reichsparteiabberkerkonferenz

Genossen und Genossinnen! Genosse Pieck hat in seiner Rede auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die der Partei bevorstehen. Aus den Aufgaben, die die Partei jetzt durchzuführen hat — Kampf gegen Kriegsgefecht und Imperialismus — hat Genosse Pieck hergeleitet, daß in dieser Situation jede Kritik an den Beschlüssen der Partei von Nebel sei. (Widerspruch.) In dieser Situation gelte ein für allemal die Linie des ZK, die nach dem Parteitag in Essen angegeben war. (Unruhe.) Genosse Pieck hat weiterhin die Diskussion verlegt von dem politischen Kampfboden in das Reich der Metaphysik. Er hat den Versuch gemacht, aus Grund von Hinweisen auf Levi und andere Renegaten die sogenannten Rechten in der Partei heute mit jenen Elementen gleichzusehen. Ich sage, Genossen, Ihr täuscht Euch! Ich spreche genau so ernst wie der Genosse Pieck, der geglaubt hat, eine Abschiedsrede halten zu müssen. Ich gebende keine zu halten. Ich denke hier meine Auffassung über die Partei und den revolutionären Kampf darzulegen, wie ich ihn auch häufig darzulegen gebende innerhalb der Partei (große Unruhe.) und da sage ich Euch: Ihr täuscht Euch gewaltig, wenn Ihr den Versuch macht, jene Genossen, die gegen die falsche Linie der Partei austreten, gleichzustellen den Renegaten und Liquidatoren in Levi und Friesland. Davorhielten Levi und Friesland waren Renegaten, die den Weg der Sozialdemokratie geben mußten (Zuruf: Was ist Hans), weil sie Sozialdemokraten gewesen sind. (Lebhafte Unruhe, Zurufe.) Aber wir können auf Grund unserer Tätigkeit in Anspruch nehmen, daß wir keine Sozialdemokraten sind. (Lebhafte Zurufe.) Wir führen den revolutionären Kampf auf dem Boden kommunistischer Grundsätze. Liquidatoren sind diejenigen, die die Grundsätze des revolutionären Kampfes liquidieren, die liquidieren die Diktatur des Proletariats und die liquidieren wollen die Sowjetunion. Das sind Feinde, und mit Recht richtet sich unser Kampf gegen solche Liquidatoren (Unruhe). Aber wenn Ihr glaubt, aus demagogischen Gründen, aus Gründen billiger Agitation in der Parteimitgliedschaft uns mit diesen Liquidatoren in einen Topf werfen zu können, so sage ich: Ihr täuscht Euch gewaltig! (Unruhe, Widerspruch.) Wir werden uns wiederholen, wer in Wirklichkeit in der Partei liquidiert.

Ich kann leider in zehn Minuten zu den stehenden politischen Fragen nicht eingehend sprechen, aber ich will Euch das sagen: Das, was sich hier auf der Reichskonferenz abspielt, die Rede des Genossen Thälmann, die Reden der Vertreter der Mehrheit, das ist die Liquidation des Essener Parteitages (Lebhafte Unruhe, Zurufe.) Ich sage nochmals, das ist die Liquidation des Essener Parteitags. Das ist die Liquidation wichtiger Beschlüsse des dritten Weltkongresses. Wir werden Euch das beweisen. Ich habe in Essen gekämpft gegen die Formulierung „Hauptfeind“, und diese Formulierung ist in Euren Resolutionen nicht wieder erschienen. Genosse Thälmann hat ja gestern gesagt, daß er bedauere, daß sich das ZK habe verführen lassen, die Formulierung „Hauptfeind“ herauszunehmen. (Zuruf Thälmann: Beträgt doch die Partei nicht!) Genossen, auf welcher Linie zeigt sich die Liquidierung der Essener Beschlüsse? Die Liquidierung zeigt sich in der Ablehnung der Einheitsfronttaktik (Widerspruch, Lachen.) Das ist in der Rede des Genossen Thälmann sehr klar zum Ausdruck gekommen. (Unruhe.) Ihr seid auf derselben Basis angelommen wie Ruth Fischer mit ihren Formulierungen: Einheitsfronttaktik nur von unten. (Widerspruch.)

Die zweite wichtige Liquidation der Essener Beschlüsse besteht in der Ablehnung revolutionärer Übergangslösungen.

(Zuruf: Ulbricht: Produktionskontrolle.)

Heinz Neumann hat gegen jeden in seiner bekannten Bolshevikisierungsbroschüre den Bannstrahl erhoben,

ber es wagt, die Parole der Produktionskontrolle als reformistisch zu verscreien. (Zuruf Heinz Neumann: Als Übergangslösung!)

Heinz Neumann sagte damals: wer heute konkrete Teilsforderungen ablehnt (wer sagt, die Lösung der Produktionskontrolle sei reformistisch), lehnt es ab, die Kämpfe der ganzen Klasse zu führen und organisieren.“

(Widerspruch, Unruhe!) Ja Genossen, Ihr müßt nur ein bisschen nachlesen, was für verschiedene Theorien Ihr im Laufe der Jahre den Mitgliedern bereits als „echte Bolshevikisierung“ vorgelebt habt. Was ist, insbesondere bei Schneller, bei Heinz Neumann und Ulbricht nicht alles „Bolshevikisierung“ gewesen, und welcher Bannstrahl ist gegen jene geschleudert worden, die sich gegen diese Sorte Bolshevikisierung gewandt hatten.

Genossen, Ihr gebt zu jeder Sache, die aus opportunistischen Tagesbedürfnissen gebraucht wird, die Theorie. Das ist Eure spezielle Funktion, das ist speziell die Funktion Schnellers. Liquidation der Essener Beschlüsse haben wir auch in der Gewerkschaftsfrage. Lebt das „Kultur-Echo“ von Freitag, lebt die „Rote Fahne“ von heute morgen. Die Gewerkschaftsaktivität, die dort durchgeführt wird, die muß zum Bankrott unserer gesamten Gewerkschaftsarbeitsfähigkeit führen. Die Einberufung von Versammlungen lediglich der Unorganisierten, die Wahl von Stellvertretern aus den Unorganisierten muß derartige Gegensätze zwischen den Organisierten und Unorganisierten schaffen, die Kluft zwischen ihnen noch erweitern. Der Ausgangspunkt des Kampfes ist jetzt nicht mehr der Boden der gewerkschaftlichen Organisation, sondern der Ausgangspunkt Eures Kampfes ist der Boden der Unorganisierten. Das ist eine Taktik, die sich durch eine ziemlich syndikalistische Taktik auszeichnet.

Organisatorisch sehen wir die Liquidation der Essener Beschlüsse darin, daß Ihr angelommen seid bei jenem Zustand, den Heinz Neumann ebenfalls in seiner Broschüre dargelegt hat. Er sagt dort:

„Für Genossen Maßlow existiert dieses Problem nicht. Er zieht es vor, sich mit der Treibjagd auf jeden möglichen oder unmöglichen Opportunitätszug, sogar auf den angeblichen „Opportunitätszug“ herein, zu beschäftigen. Es ist klar, daß aus diesem Irrtum schwere praktische Fehler

Lenin über Disziplin

„Wodurch erhält sich die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch wird sie gefürkt?“

Erstens durch die Zielsetzung der proletarischen Avantgarde und ihre Hingabe für die Revolution, ihre Standhaftigkeit, Selbstaufopferung, ihren Heroismus.

Zweitens dadurch, daß sie es versteht, sich mit der breiten Masse der Werktätigen, in erster Linie der proletarischen, aber auch mit der nichtproletarischen werktätigen Masse zu verbinden, zu vereinen, und wenn man will, bis zu einem gewissen Grade zu verschmelzen.

Drittens, durch die Richtigkeit der politischen Leitung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik unter der Bedingung, daß die breiten Massen sich von dieser Richtigkeit durch eigene Erfahrung überzeugen. Ohne diese Bedingung ist die Disziplin in einer revolutionären Partei, die tatsächlich fähig ist, die Partei der revolutionären Klasse zu sein, welche die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten hat, nicht zu verwirklichen.

Ohne diese Bedingungen verwandeln sich die Versuche, die Disziplin herzustellen, unvermeidlich in Unsinn, eine Phrase, in Hanswursterei.“

entstehen mußten. Die sportsmäßige Methode der Parteiführung mußte notwendig zur „persönlichen Diktatur“ (ohne jede Voraussetzung dafür), die Häufung aller Machtbefugnisse in den Händen einer engen Clique zur unerträglichen Selbstbeherrschung und Bürokratisierung der leitenden Gruppe unserer Partei führen. Die Gefahr dieses Systems lag nicht so sehr in seiner übermächtigen Stärke, die nur eine scheinbare ist, als vielmehr in seiner übermächtigen Schwäche, die sich bei jedem taktischen Schritt der Partei fühlbar machen.“ Das Genossen, trifft Zug für Zug auf die heutige Situation zu. Heinz Neumann, Du brauchst nur die Namen in der Broschüre zu ändern, dann hast Du den jetzigen Stand in der Partei.

Die Vorwürfe gegen die Opposition, daß sie den Weg zur Sozialdemokratie gehe, sie sind billig. Ihr habt derartig mit Schlagworten und Begriffen Schindluder getrieben, daß Ihr den Begriffen jeden politischen Wert genommen habt.

Was unsere Stellung zu den Ultralinken betrifft, so sei gesagt, daß wir schon gegen sie gekämpft haben, als andere noch die Theorien der

ultralinken vertraten und jeden als Reformisten bezeichneten, der dagegen ankämpfte. Wir sind für die Komintern, wir sind für die Kommunistische Partei, aber wir sind auch dafür, daß die guten, gesunden revolutionären Leidenschaften der Partei nicht von einer falschen Führung, von einer unfähigen Führung, zum Ruhen der Sozialdemokratie von der

breiten Masse des Proletariats isoliert werden. Wir sind dafür, daß die Partei auf revolutionärem Wege zur Gewinnung der Massen, der Mehrheit des Proletariats mobilisiert wird, (Zwischenrufe und Lärm), den Weg der Revolution, den Lenin vorgeschrieben hat, und nicht den, den Maslow ging! (Burke und Bärmen.)

Zur Naturgeschichte Hermann Remmeles.

Vorbemerkung: Hermann Remmels befand sich zu der Zeit, als sich die Männer unseres erlauchten K. fehlschmal überzeugten, in Moskau. Dieser Glückfall nützte der Wollferei weidlich aus, um sich gegenüber den Siebaumännchen im K. als gradlinigen, unbestechlichen Kämpfer aufzuspielen. Da ist es an der Zeit, der Parteimitgliedschaft zu zeigen, daß dieser Hermann Remmels womöglich die Stoedter, Goeden, Daxler, Dengel an Charakter- und Verantwortungsfähigkeit noch übertrifft. Zum Beweis bringen wir nachstehend die Einleitung eines längeren Aussches, den Genosse A. Walcher im Februar 1927 für die Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ geschrieben hat. Der Artikel wurde natürlich nicht veröffentlicht, inoffiziell wurde als Begründung angegeben, die Veröffentlichung würde doch den Genossen Remmels in der politischen Öffentlichkeit unmöglich machen. Nach dem Fall Thälmann ist solches nicht mehr zu befürchten. Wir haben uns darum entschlossen, das einleitende Kapitel hier wiederzugeben.

Einheitsfront in Praxis und Theorie.

Genosse H. Remmels, der sich in Nr. 1 der „Kommunistischen Internationale“ (Jahrgang 1927) mit den Methoden der Massenmobilisierung in Deutschland beschäftigt, scheint es darauf abgesehen zu haben, ein Schulbeispiel zu liefern, wie man diese Frage nicht behandeln soll. Remmels geht davon aus, daß in keiner Sektion der Komintern die Anwendung der Einheitsfronttaktik ein so umstrittenes Problem war wie in der KPD. Er unterscheidet in der Praxis folgende drei Stufen:

1. Die opportunistische Anwendung der Einheitsfronttaktik, die allgemein als die Politik des Brandlerismus bezeichnet wird und in der Partei vom 3. Weltkongress bis zum Oktober 1923 vorherrschend war.
2. Die negierende und sich selbst entlarvende Anwendung der Einheitsfronttaktik der ultralinken Führung vom Frankfurter Parteitag im Februar 1924 bis zum Offenen Brief im September 1925.
3. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik, wie sie sinngemäß vom 3. Weltkongress beschlossen und vom 4. und 5. Weltkongress erneut bestätigt wurde und unter Abstreitung des Brandlerismus und der ultralinken Unfruchtbarkeit zu dem jetzigen Erfolge führte.“

Genosse Remmels ist sicher einer der kompetentesten Beurteiler. Er kann jedebfalls für sich in Anspruch nehmen, daß er alle drei Stufen, zuerst die „opportunistische“, allgemein als „die Politik des Brandlerismus bezeichnete“, dann die „negierende“, „sich selbst entlarvende“ unter der ultralinken Führung und schließlich die „sinngemäß und erfolgreiche Anwendung der Einheitsfronttaktik“ — jeweils mit derselben Überzeugungstreue mitgemacht hat, die ihn auch sonst auszeichnet und ihm zu einer gewissen Berühmtheit verholfen hat.

Dah unter der Ära Brandler, wo nach dem Zeugnis Remmeles „die Partei sich im Zustande der opportunistischen Revolutionsromantik, wie sie das Wesen der Brandlerpolitik war und noch der ganzen Kleinbürgerlichen radikalsozialistischen Einstellung dieser Politik sein muhte, befand.“

wo „die Grundanschauung der gesamten Partei und der daraus angewandten Strategie selbst durch und durch opportunistisch war,“ wo man „glaubte, mit der Einheitsfronttaktik Scheidemann für die Revolution zu gewinnen,“ daß in einer solchen Atmosphäre der Genosse Remmels bei seiner angeborenen Abneigung, gegen den Strom zu schwimmen, seine besonderen Chancen hatte, sich in seiner ganzen Größe zu entfalten und auszuzeichnen, kann keinen überraschen. Immerhin, selbst in diesen trüben Zeiten ist es dem Genosse Remmels gelungen, sich durch sehr originelle Methoden der Einheitsfrontmanöver mit den Völkischen leuchtend hervorzuheben. Mehr ist jedoch aus dieser Epoche über den Genosse Remmels nicht zu vermelden.

Wesentlich günstiger liegen die Dinge in der Ära der ultralinken Führung. Jetzt erst, nachdem der „Brandlerismus“ endlich beseitigt war, wurde Genosse Remmels als das „reine Gold“ der Partei erkannt. Er hat sich alßhalb von der Notwendigkeit des schärfsten Kampfes gegen die „Rechten“ überzeugt und machte die durchaus zeitgemäße Entdeckung, daß den Hauptfeind der soeben bolschewisierten Partei die alten Spartakisten bildeten. Selbstverständlich zögerte er keinen Augenblick, aus seiner Ent-

bedung allzgleich praktische Folgerungen abzuleiten. Die Stuttgarter Genossen, besonders die dort lebenden, etwas bissiglichen Spartakisten, haben dabei ihr blaues Wunder erlebt.

Damit war der periodisch auftretende Tatendrang des Genossen Remmels noch keineswegs erschöpft. Er war auch auf eine theoretische Fundierung seines Kampfes bedacht und hat seine neu gewonnene Überzeugung in einer Broschüre niedergelegt. Wer wollte es unserem streitbaren Heiden verdenken, daß er dabei im Eifer des Neubekleidens ein wenig über das Ziel hinausschob. Soweit, daß sogar Ruth Fischer sich veranlaßt sah, sein Geistesprodukt wegen — ultralinken Übertriebungen einzustampfen zu lassen und ganz besonders forschältig darüber zu wachen, daß auch nicht die leiseste Spur übrig blieb. Das will solch kleines Witschick bei einem Streiter besagen, der mit Eifer und Hingabe „gegen die Rechten“ kämpfte und der sozusagen — fünf Minuten vor dem Erscheinen des Offenen Briefes mit „Meiers Musterkoffer“ in der Hand noch rechtzeitig einen gewissen Gipelpunkt erklomm.

Um eben diese Zeit fand Remmels Gelegenheit, aus einem ganz besonders schwierigen Anlaß, seine volle Größe zu entfalten. Das komplizierte Charakterbild des Menschen und Politikers Maslow zu ergründen, war für das Durchschnittsparteimitglied eine hoffnungslöse Sache. Dem Genossen Remmels machte das gar keine Schwierigkeiten. Klar und scharf hat er erkannt, daß Maslow

„unbestreitbar als der maßgebende Theoretiker der Partei gilt, daß gerade bei ihm die klare leninistische Linie auch bei den verschiedensten Manövern der Taktik innerhalb der Partei und bei der Klärung der Lage keinen Moment vergessen oder außer acht gelassen wurde . . . daß in dem klarsten Kopfe der Führung der KPD es keinen Augenblick ein Wanken in den leninistischen Grundzügen gegeben hat.“

Man sieht, Genosse Remmels erkannte und sprach es neidlos aus, daß Maslow sozusagen der deutsche Lenin war, was von einem kaum hoch genug zu schätzenden Werte war in einer Epoche „in der objektiv eine falsche, eine unleninistische Methode angewendet wurde, die aber aus dem besonderen historischen Entwicklungsprozeß . . . der KPD aus eben denselben leninistischen Grundzügen heraus subjektiv richtig war.“

In einer so ungewöhnlich komplizierten Lage hat Maslow, wiederum nach dem Zeugnis des Genossen Remmels, verstanden, „daß der Leninismus nicht nur eine Methode des Kampfes mit dem Klassengegner ist, sondern ebenso die Methode der Heranbildung einer ideologisch klaren Vorhut des revolutionären Proletariats in der Kommunistischen Partei.“

Die vorstehenden Proben sind Ausschnitte entnommen, die Mitte Juli 1925 veröffentlicht wurden.

Am Ende des nächsten Monats entstand der „Offene Brief“. Damit war es mit der ultralinken Ära zu Ende und — man ist beinahe geneigt zu sagen — selbstverständlich auch mit den bisherigen Überzeugungen des Genossen Remmels. Mit sternenhafter Geschwindigkeit, mit beeindruckendem Schärfeinn hat er alßhalb erkannt, daß Maslow ein großer Blender und im Grunde nichts weiter als ein beschränkter Kleinbürger war.

Unter dem Pseudonym H. Baden nahm er eine Broschüre des Genossen Heinz Neumann zum Anlaß, um seine neueste Überzeugung — in Inhalt und Stil gleich bewegend — der breitesten Öffentlichkeit also kundzutun:

„Unter der Maske des Leninismus und als Interpret der leninistischen Theorie und Praxis versuchte Maslow, den Leninismus in eine Kleinbürgerliche Ideenwelt umzuwandeln, die sich noch durch einen besonderen Radikalismus auszeichnet.“

Dieser verruchte Plan ist aber zuschanden gescheitert:

„Unarmherzig Schlag auf Schlag bricht das kleinbürgerliche Leergesäß Maslows, daß in grotesken Sprüngen zwischen anarchosyndikalistischen Bocksprüngen und reformistischen opportunistischen Zweideutigkeiten der doppelten Buchführung hin- und herpendet, in sich zusammen.“ („rote Fahne“, 25. September 1925.)

Mit diesen wenigen Proben ist Genosse Remmels wohl ausreichend für sein angemessenes Seniorenamt legitimiert.

Das Bündnis mit den Ultralinken.

„Die Kommunistische Partei hat im Ruhrgebiet die durchaus richtige Parole der Bildung eigener Streikleitungen und der Organisierung von Selbstschutzbildungen zum Schutz der Streikfront gegen Faschisten und Streikbrecher aufgenommen. Sie hat damit endlich den richtigen Weg beschritten, den der Leninbund ihr seit mehr als Jahresfrist ausgezeichnet hat.“ (So zu lesen in Nr. 193 des „Volkswille“ vom 10. November 1928.)

Der Volkswille hat hier vollkommen recht, recht hat er auch, wenn er betont, daß die Maßnahmen des ZK nur Halbwissen und Gesten sind. Denn in der Tat, gewerkschaftliche Kämpfe kann man nur führen, wenn auch für die Streikfinanzierung und für die Ernährung der Streikenden Vorsorge getroffen ist. Der Leninbund will seinerseits zu diesem

Zweck Streikhilfskassen ins Leben rufen. Er macht eine niedliche Rechnung auf, um das Rügliche der Sache zu veranschaulichen. Wenn dieser Gedanke ernst aufgegriffen und konsequent durchgeführt würde, so würde das Schnurstracks zur Bildung eigener Gewerkschaften. Eigene Gewerkschaften, das ist das unvermeidliche Ergebnis der gegenwärtigen Gewerkschaftslinie der KPD. Der Leninbund hat vor den Genossen Merker, Hefert, Ulrich nur das eine voraus, daß er es wagt, die Dinge weiter zu denken und auch die Konsequenzen in Kauf zu nehmen.

Ob es bei solcher Übereinstimmung die ZK-isten fernerhin noch wagen werden, von einem Bündnis zwischen uns und den Ultralinken zu fabulieren?

Aus der schlesischen Parteibewegung.

Wer spaltet!

Von der provisorisch eingesetzten Parteileitung im Bezirk Schlesien wird die innerparteiliche Diskussion in einer Art geführt, die geeignet ist, den Genossen jede politische Diskussion zu verbieten. Da man eine wirkliche und umfassende Information der Mitgliedschaft über die wahren Absichten und Ziele der Parteiopposition fürchtet, da man der Mitgliedschaft nicht das Recht zugestehen will, sich von beiden Seiten in Organisation und Presse zu unterrichten um so ein unbbeeinflusstes Urteil abzugeben, da man eine sachliche politische Diskussion fürchtet, stellt jetzt die Rumpfsbezirksleitung die organisatorische Frage in den Vordergrund und bezichtigt uns der Spaltung. Damit hofft man uns jetzt tot zu heben. Die Größe und der Umfang der Opposition und die Entschlossenheit der Parteigenossen gegen die Strangulierungsmöglichkeiten den entschiedensten Kampf zu führen, hat die Rumpfsbezirksleitung erschreckt. Sie hat damit lediglich die Gefahr der Spaltung herausgeschworen und nachdem sie die Wirkungen ihrer Spaltungsmöglichkeiten sieht, ruft sie nach der altbewährten Methode: Die Opposition will spalten, sie bedroht die Einheit der Partei!

Dazu haben wir zu erklären:

- Nicht wir, sondern die Reimann-Wollweber Bezirksleitung hat den Kurs auf die Spaltung genommen. Wer uns, wie im Artikel „Auf dem Wege des Terrors“ vom 18. Oktober in der „Arbeiterzeitung“ als Verräter, Kontrarevolutionäre, Antibolschewisten, Kleinbürgerliche Trotzkisten, Vertreter des Sozialdemokratismus, Renegaten und Liquidatoren beschimpft, der hat bereits mit uns gebrochen, der hat uns bereits außerhalb der Partei gestellt, der nimmt den Kurs auf unseren Ausschluß und damit auch die Spaltung der Partei in Kauf. Das ist das klare Ziel der Wollweber-Reimann-Zeitung gemeinsam mit der Mehrheit des ZK. Das ist in der Presse ausgesprochen worden, daß hat der Genosse Remmeli im ZK erklärt, daß hat der Genosse Reimann mit der ihm eignen Offenheit im Stadtteil Breslau-West verkündet.
- Um dieses Ziel zu erreichen muß man uns von der Mitgliedschaft isolieren. Das begann ohne vorangegangene Diskussion, wie es sonst üblich war, durch folgende Maßnahmen:
 - Funktionsenthebung des Genossen Hausen entgegen dem Willen der von der Mitgliedschaft im Bezirk gewählten Körperschaften (Sekretariat, Bezirksleitung und Breslauer Funktionärerversammlung).
 - Abschaffung aller oppositionellen Genossen als Referenten.
 - Unerhörte Beschimpfung der oppositionellen Genossen in der Presse ohne Recht auf Entgegnung in der Presse.
 - Verbot auf Versammlungsbesuch für den Genossen Hausen.
 - Auflösung von Versammlungen und Auferkraftsetzung der Stadtteilleitungen und der Mitgliedschaft waren die Mittel, die von der Leitung angewandt wurden, wenn der Genosse Hausen den Mitgliedern auf Beschluss seine Ansichten unterbreiten und auf die unerhörten Beschuldigungen gegen ihn in der Presse und durch die Bezirksleitungserrenten eingehen wollte. Im Stadtteil West und Nord, wo die Mitglieder mit erdrückender Mehrheit beschlossen, den Genossen Hausen zu seiner Verteidigung zuzulassen, forderten die Vertreter des ZK und der ZK die Mitglieder auf, daß Versammlungsfreiheit zu verlassen und erklärten, daß diejenigen, die der Aufforderung nicht Folge leisten, sich damit außerhalb der Partei stellen. Als die Leitung sah, daß die Mitglieder sich durch

Genossen!

Denkt daran, daß unser Mitteilungsblatt Geld kostet. Die Mittel dafür sind bis jetzt von den abgebauten Genossen und Breslauer Partegenossen aufgebracht worden.

Der Preis für unser wöchentlich erscheinendes Blatt beträgt 20 Pf.

Genossen, sendet uns sofort das Geld für die übermittelten Exemplare, wenn möglich den Betrag für den ganzen Monat.

Adresse

für Zahlungen:

**Reinhold Steffen, Breslau 6
Postcheck-Konto Breslau 146 55**

allen Parteimitgliedern, die von der Bezirksleitung dazu verjandte Einladung zugestellt.

- Auferkraftsetzung der Stadtteilleitung in den von der Bezirksleitung einberufenen Stadtteilmitgliederversammlungen ohne Befragen der Mitglieder (Stadtteil West und Nord).
- Materialspende für die von der Mitgliedschaft gewählte Stadtteilleitung Breslau Nord und Einsetzung einer Stadtteilleitung durch die Bezirksleitung aus Genossen, die bisher sich wenig und gar nicht an der Parteiarbeit beteiligt und z. T. noch nicht ein Jahr in der Partei organisiert sind.

Gegen solche Methoden haben wir uns gewehrt und werden wir uns weiter mit aller Entschiedenheit wehren. Man läßt jetzt Ausschlußanträge gegen den Genossen Hausen annehmen. Bezeichnend dafür ist, daß dies immer dort geschieht, wo uns die Mitglieder noch nicht gehört haben und wir keine Möglichkeit der Verteilung besitzen. Jeder, der eine sachliche, wenn auch scharfe Ausstragung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten wünscht, jeder, der die Einheit der Partei in der

Tat und nicht nur in der Phrase wünscht, muß sich mit uns gegen die oben erwähnten Spaltungsmäßigkeiten der Bezirksleitung wenden. Jeder, der eine andere Haltung einnimmt, begünstigt und fördert die Spaltung.

Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, wir wollen die Partei spalten und eine neue Partei gründen. Was wir wollen, ist, mit dem Belegerungszustand in der Partei brechen. Deshalb fordern wir die innerparteiliche Demokratie, die Reinheit der Partei, den Kampf gegen alle Korruptionserscheinungen. Diese Forderungen sind allein imstande, die Mitgliedschaft vor der Vergewaltigung durch eine politische Gruppe oder Fraktion zu bewahren, die Fraktionen und Gruppen in der Tat und nicht nur in der Phrase zu beseitigen, das Vertrauen zwischen Führung und Mitgliedschaft, zwischen Partei und Arbeitersklasse herzustellen, fortlaufende Krisen und Abspaltungen zu verhindern. Ein solcher Zustand, indem die Mitgliedschaft ihre Entscheidung auf Grund einer gründlichen und umfassenden zugleich allseitigen Information fällt, werden das politische Klima unserer Partei heben, die Aktivität fördern, das innere Leben unserer Organisation entwickeln, die Auseinandersetzungen sachlichen und fruchtbar gestalten. So wird die Partei geistig gereifter und besser als bisher befähigt, den Klassenfeind, die Sozialdemokratie zu schlagen. Das wünschen wir, das erstreben wir, das erachten wir als unbedingt notwendig. Diese Erkenntnis bei uns ist nicht vom Himmel gefallen, sondern im Zusammenhang mit der Parteientwicklung gewachsen. Wir haben über den Zustand der Partei nachgedacht und diese Erkenntnis gewonnen. Ist das ein Verbrechen? Ist das Sozialdemokratismus, der doch mit der Unterdrückung des Willens der Mitgliedschaft und Bourgeoisie Hand in Hand geht? Jeder, der die Partei liebt, jeder, der sie als scharfes und brauchbares Werkzeug der Revolution verwenden will, jeder, der sieht, was ist, wird sich nicht abhalten lassen, mit uns für die erwähnten Forderungen einzutreten.

Wenn wir das fordern, wollen wir nicht spalten, sondern umgekehrt. Wie sind bereit, die Entscheidung der Mitgliedschaft anzunehmen, wenn sie unter den erwähnten Voranschreibungen zustande kommt. Jeder, der die Einheit und Geschlossenheit der Partei will, jeder, der will, daß sich die Mitgliedschaft ein einwandfreies und eignes Urteil bilden kann und ihre Entscheidungen mehr sind, als inhaltslose Deklarationen, die schon im nächsten Augenblick über den Haufen geworfen werden können, muß deshalb für unsere Forderungen eintreten.

Deshalb fordern wir:

1. Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Funktionäre durch die Mitgliedschaft als Regel.
2. Kontrolle der Mitgliedschaft über die höheren Parteiorgane.
3. Heranziehung der Mitgliedschaft an die Ausarbeitung der politischen Linie. (Siehe Vorbereitung des VI. Weltkongresses, usw.)
4. Einberufung eines auf dem Wege des *demokratischen* Zentralismus vorbereiteten Bezirks- und Reichsparteitages, durch Zulassung von Korreferenten und von dem BZ. nicht genehmten Meinungen in der Presse, damit die Mitgliedschaft ein klares und allseitiges, von seiner Seite beeinflußtes Urteil zu fällen vermag.
5. Kampf gegen alle Korruptionserscheinungen in der Partei.
6. Vorlegung des Materials auf das sich die Anklagen des BZ. gegen die Opposition stützen.
7. Selbstkritik an der gesamten Tätigkeit der Partei im Rahmen der Grundsätze der Komintern.
8. Kampf gegen die wirklichen rechten Gefahren, Schluß mit der sachlich nicht begründeten Rechtssehnsucht gegen die alten revolutionären Kader.
9. Revision des Elli-Beschlusses im Halle Thälmann-Hamburg und Funktionserhebung des Genossen Thälmann, da nur so die Autorität und das Ansehen der Partei in den Massen wieder hergestellt wird.
10. Heranziehung der alten Kader zur Parteiarbeit.

Nur so kann die Einheit und Geschlossenheit der Partei hergestellt werden. Wer den Weg des Belegerungszustandes weitergeht, wer mit dafür sorgt, daß alle Genossen, die die innerparteiliche Demokratie fordern, aus der Partei herausgeworfen werden, der geht den Weg der Verschlagung der Parteienheit und der Spaltung. Zwischen diesen beiden Wegen muß die Parteimitgliedschaft wählen. Wir sind für den ersten Weg gegen den zweiten und werden ihn unbeirrt um alle Verschwörungen, Beschimpfungen, Schikanierungen, Maßregelungen gehen, weil er der einzige Weg ist, auf dem die Parteiführung getragen von dem Vertrauen der Partei und die Partei getragen von dem Ansehen und der Achtung der Arbeiterschaft, das scharfe Schwert der proletarischen Revolution fein wird.

Auf diesem Wege schreiten wir, gestützt auf nichts als unsere Hingabe an die proletarische Revolution zur wahren Einheit und Geschlossenheit der siegreichen kommunistischen Partei vorwärts!

Ist das Diskussion?

Die Wollweber-Reimann-BZ. hat eine neue Methode der Diskussion entdeckt, nämlich eine Form der Diskussion, in welcher nur einer spricht. In der Arbeiterzeitung werden von Zeit zu Zeit die Ergebnisse dieser „Diskussion“ veröffentlicht und es überrascht niemand, wenn man nur von „einstimmigen“ Ergebnissen berichtet. Diese Einstimmigkeit ist nur dort nicht vorhanden, wo die Opposition durch ihre Redner zu Wort gekommen ist. Ein gutes Beispiel ist die Ortsgruppe Peißenheim, wo man der Opposition vorhersagte, daß sie nicht eine Stimme erhalten würde. Nach Referat und Korreferat erhielt die BZ. 16 und die Opposition 9 Stimmen! Die Einstimmigkeit ist sofort zum Teufel, wenn Vertreter der Opposition zu Wort kommen. Bezeichnend ist, daß die Bezirksleitung nur in einem Ort, wo neben ihren Referenten Redner der Opposition sprachen, die Mehrheit erhielt. Aus diesem Grunde schneidet man die Opposition von der Parteiöffentlichkeit ab. Korreferenten dürfen zwar fahren, aber sie müssen es auf eigene Kosten tun. Die Opposition wird täglich in der Zeitung beschimpft, Erwiderungen sind nicht gestattet. Der Apparat wird außerordentlich verstärkt, man hat jetzt Gelb und zentrale Referenten. Es geht ja nicht darum, die Aktionskraft der Partei zu verstärken, sondern eine unbequeme Opposition niederzuwerfen. Wir wären dem BZ. dankbar gewesen, wenn es immer dem Bezirk Schlesien gegenüber eine so offene Hand und einen so offenen Geldbeutel gehabt hätte, als es galt, das Vollbegehren oder sonstige Aktionen gegen den Klassenfeind durchzuführen. Man praktiziert die Linie Dohlems: „Wenn es sein muß, werben wir den ganzen Apparat nach Schlesien weiter.“ Um-

mer gemacht, mit dem Apparat kann man eine ganze Menge machen. Eins kann man nicht damit: Auf die Dauer der gesamten Mitgliedschaft den Bankrott einer Führung verheimlichen, deren ganze Weisheit in organisatorischen Maßnahmen gegen die Opposition besteht. So zeigt sich denn auch, daß die Mitgliedschaft allmählich eine kritische Stellung zu den Dingen nimmt und die Stimmen, die sich für die Opposition entscheiden, sind umso höher zu bewerten, als sie sich unter dem schärfsten Druck des Apparates durchgesetzt haben. Auch in den Ortsgruppen, wo wir nicht sprechen konnten und infolgedessen schöne „Einstimmigkeit“ herrscht, werden die Mitglieder begreifen, um was es geht. Hört deswegen die Opposition, bevor ihr euch entscheidet.

Entschließungen für die Opposition wurden angenommen:

Gegen die Funktionserhebung Hause: Sekretariat der BZ., Bezirksleitung, Gesamtfunktionärversammlung Ortsgruppe Breslau, Landesamt, Marzella, Jauer, DMV-Faktion Breslau, Münsterberg.

Nach Referat und Korreferat gegen die Beschlüsse des Elli: Nieds. 14 : 3, Freiburg einstimmig, Liebau 14 : 5, Sagan 9 : 8, Breslau-Zentrum 30 : 4, Breslau-Süd, Breslau-Nord, Glogau, Betriebsstelle Dornbach einstimmig.

Starke Minderheiten gegen Beschlüsse des Elli: Breslau-West 48 : 13, Breslau-Ost 12 : 9, Peißenheim 16 : 9.

Wir fordern alle Mitglieder auf, sich mit den Anschauungen der Opposition vertraut zu machen.

Die Entwicklung in Breslau.

Die Entwicklung in der Ortsgruppe Breslau ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie man mit Hilfe des Apparats und mit organisatorischen Maßnahmen die Opposition mundtot macht und niederschlägt. Am 9. Oktober nahmen die Breslauer Funktionäre zum Elli-Beschluß und zur Funktionserhebung Hauseins Stellung. Das provokatorische Referat Dohlems wurde mit stürmischen Widersprüchen entgegengenommen, während die Ausführungen Hauseins mit ebenso stürmischem Beifall aufgenommen

wurden. Die überwältigende Mehrheit der Breslauer Funktionäre stellte sich auf den Boden der Opposition und lehnte die Funktionserhebung des Gen. Hause ab. Die Diskussion sollte fortgesetzt werden. Bis heute ist die Fortsetzung der Funktionärsbildung nicht erfolgt, weil die Wollweber-BZ. keine Aussicht hatte, die Mehrheit zu erlangen. Man zog die Funktionärlarven ein und ist scheinbar dabei, sich Funktionäre zu machen. Man verlegte den Kampf in die Stadtteile.

Stadtteil Ost: In diesem Stadtteil, der während der ultralinken Episode geschlossen in Opposition stand, war das Stimmenergebnis nach Referat Wollneber und Korreferat Hausen 12 Stimmen für BL, 9 Stimmen für die Opposition. (Dabei waren für BL 3 Parteigestellte, 2 Aquisitoren, 3 Hausfrauen und bei der Opposition waren die Vertreter der beiden Betriebszellen im Stadtteil.)

Stadtteil Zentrum: Dieser Stadtteil stand von Anfang geschlossen bei der Opposition. Nach vielen Bemühungen ist es der BL gelungen, 4 Stimmen in diesem Stadtteil zu erhalten. Für die Opposition stimmten 30 Genossen.

Stadtteil West: Am 8. Oktober nahm dieser Stadtteil einstimmig eine Entschließung für den Abschluss Thälmanns an. In einer daraus folgenden Mitgliederversammlung wurde ein Referat des Gen. Vogt entgegengenommen. Nach dem in der Diskussion die Gen. Steffen und Gläser gesprochen hatten, wurde die Versammlung vertagt. In der neuen Versammlung war der Gen. Hausen anwesend. Die Gen. Vogt und Reimann erklärten, daß Gen. Hausen das Wort nicht erhalten dürfe. Gen. Steffen als Pol.-Leiter erklärte, daß er dies vom Willen der Mitgliedschaft abhängig machen würde. Nach einer kurzen Diskussion wurde darüber abgestimmt und mit überwiegender Mehrheit wurde beschlossen, daß Gen. Hausen sprechen solle. Daraufhin gab Reimann die Erklärung ab, daß BL- und BL-Vertreter die Versammlung verlassen und alle Genossen, die treu zur Komintern stehen (!) auffordere, mit ihm den Saal zu verlassen. Wer im Saal bleibe, stelle sich außerhalb der Partei. Daraufhin verließen 15 Genossen den Saal, 49 Genossen blieben darin. Diese 49 Genossen nahmen zur neu geschaffenen Situation Stellung und erklärten, daß, wenn sie damit aus der Partei ausgeschlossen seien, sie geschlossen den Kampf um die Wiederaufnahme führen würden. Inzwischen war der BL vor der eigenen Courage Bange geworden und Reimann wurde, wie schon oft, beschworeniert. Die BL rief von sich aus eine neue Versammlung ein unter dem Motto: „Gegen die Spalter“. Dies, nachdem man offen gezeigt hatte, wer spalten will! Eine Woche lang mobilisierte die BL alle ihre Anhänger, die zwar jahrelang keinerlei Parteiarbeit geleistet hatten, nun aber zur Abstimmung herangeschleppt wurden. Bei der Einladung, die einen Tag vor der Versammlung stattfand, übersah man geflissentlich die Opposition, wie man auch der Stadtteilleitung keinerlei Mitteilung von der Versammlung machte. Die Versammlung wurde nicht von der Stadtteilleitung, sondern von dem Gen. Reimann geleitet, ohne daß man die Mitglieder fragte. Nunmehr wurde die Resolution der BL mit 48 gegen 48 Stimmen angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde die Stadtteilleitung abgefragt und eine neue Leitung eingesetzt. Die BL und die neue Stadtteilleitung befinden sich an keiner bemerkenswerten Stange, da die aktive Mitgliedschaft und die Funktionäre mit Ausnahme der eingesetzten Stadtteilleitung geschlossen auf dem Boden der Opposition stehen. In den inzwischen stattgefundenen Zellenversammlungen batte die Opposition eine überwältigende Mehrheit, bis auf eine Strafzelle in der Stimmenübereinstimmung vorhanden war.

Stadtteil Süd: In der ersten Versammlung des Stadtteils Süd, die zu den Differenzen innerhalb der Partei Stellung nehmen sollte, wurde verlangt, die alte Stadtteilleitung durch Neuwahl zu ändern. Der Vertreter des BL Gen. Vogt ließ aber eine Abstimmung nicht zu und verlangte Unterbreitung der Vorschläge für eine neue Stadtteilleitung an die Funktionärerversammlung. Da die Mehrheit der Genossen aber die Neuwahl der Leitung vornehmen wollte, wurde abgestimmt und es entschieden sich 24 Mitglieder für die Liste der Opposition und 19 für die alte Stadtteilleitung. Vogt protestierte gegen die Wahl und gab zu verstehen, daß die BL die neu gewählte Leitung nicht anerkennen werde.

In der nächsten Mitgliederversammlung, in der Vogt als Referent der BL sprach und der Gen. Gläser als Korreferent, entschieden sich die Mitglieder mit 27 gegen 20 Stimmen gegen den Umtausch und für den Antrag der Opposition. Auch in dieser Versammlung wollte Vogt die Neuwahl der Leitung verhindern. Die Mitglieder forderten aber immer wieder scharfem Protest die Neuwahl. So wurde dann auch abgestimmt und es stimmten 28 Mitglieder für und 18 gegen die Vorschläge der Opposition.

Vogt gab darauf eine Erklärung ab, daß in Unbetracht der politischen Differenzen, die die neue Ortsleitung mit der BL hat, diese nicht die neue Leitung anerkennen werde und die alte Leitung das Vertrauen der BL besitzt und weiter im Amt verbleiben soll. Gen. Gläser machte Vogt darauf aufmerksam, daß er einen Statutenbruch begeht, wenn er die Leitung, die von der überwiegenden Mehrheit gewählt wurde, nicht anerkennt.

Die BL entschied darauf, daß die neue Leitung anerkannt wird, aber unter der Bedingung, daß der Gen. Walla aus der Leitung ausscheidet, da er noch nicht ein Jahr Mitglied der Partei ist. Dieser Beschluß wurde von der BL gefaßt, trotzdem Walla Mitglied des Spartakusbundes war und nur seine Mitgliedschaft unterbrochen hatte, andererseits aber im Stadtteil West der Gen. Kleinert von der BL in die Stadtteilleitung vorgeschlagen wurde, obwohl er erst seit Januar 1928 der Partei angehört.

Stadtteil Nord: Auch dieser Stadtteil stand mit seinen Funktionären von Anfang geschlossen hinter der Opposition. Man ging hier die gleichen Wege wie im Stadtteil West und erklärte eine Versammlung für aufgelöst, gab dabei eine Erklärung ab, wie sie Reimann in West abgab. Danach wurde mit den gleichen Methoden wie in West über den Kopf der Stadtteilleitung eine neue Versammlung einberufen. Auch diese Versammlung entschied sich in ihrer Wehrheit gegen den Beschluß des ELL und für die alte Stadtteilleitung mit dem Gen. Erbe als Polleiter. Zur Versammlung wurde eine Reihe von Gästen gebracht, die, obwohl Vogt erklärte, Gäste haben keinen Zugang, sich an der Abstimmung beteiligten. Geschäftsbuchungsanträge wurden überhaupt nicht zur Abstimmung gebracht mit der Erklärung des Gen. Reimann: „Ihr könnten Anträge stellen soviel Ihr wollt, eine Abstimmung darüber gibt es nicht!“ Ungeheure Empörung war die Antwort auf die provokatorischen Methoden des Reimann. Einige Tage vor dieser Versammlung fand eine Sitzung aller „zuverlässigen“ Genossen des Stadtteils in den Räumen des Schlesischen Verlagsgesellschaft statt, in welcher Maßnahmen gegen die alte Stadtteilleitung festgelegt und eine neue zusammengefaßt wurde.

Bei der Abstimmung über die politische Resolution fälschte Gen. Vogt das Resultat. Trotzdem fünf Gäste anwesend waren, wurde die Resolution für das ELL mit drei Stimmen Mehrheit abgelehnt.

Trotzdem die alte Stadtteilleitung wiedergewählt wurde, wird der Gen. Erbe nicht anerkannt und da sich alle Funktionäre geschlossen hinter den Gen. Erbe gestellt haben, wird der Leitung das Material verweigert. Wir veröffentlichen an dieser Stelle die einstimmig gefaßte Entschließung der Stadtteilleitung und Funktionäre:

Die Stadtteilleitungssitzung des Stadtteils Nord nimmt den Entschluß des Sekretariats auf Richterkennung der durch die Mitgliedschaft erneut bestätigten Stadtteilleitung mit dem Gen. Erbe als Polleiter zur Kenntnis und lehnt diesen Entschluß als unbegründet und für die Parteientwicklung im Stadtteil Nord verhängnisvoll auf daß entschieden ab.

Sie sieht in diesem Entschluß eine offensichtliche Unterdrückung des Willens der Mitgliedschaft und wird einen solchen Vorstoß gegen die primitivsten demokratischen Rechte der Mitgliedschaft entschieden zurückweisen.

Dass eine solche Handlungsweise des Sekretariats der BL offen-ländigen Spaltungskarakter trägt, wird dadurch bewiesen, daß die Opposition im Stadtteil West die Entscheidungen der legten über den Kopf der Stadtteilleitung einberufenen Mitgliederversammlung mit fünf Stimmen Mehrheit akzeptierte und alle Materialien an die neue Stadtteilleitung ablieferete, trotzdem mit den unehrlichsten Methoden neue Mitglieder zur Majorisierung der alten bei der Opposition stehenden Partefunktionäre schnell noch gewonnen wurden. Damit ist der eindeutige Beweis erbracht daß die Opposition alles tut, um die Einheit der Partei bei Wahrung der Rechte der Mitgliedschaft zu achten.

Wenn also die BL die Einheit und Geschlossenheit der Partei will, muß sie die Entscheidung der Mitgliedschaft beachten. Wir fordern deshalb:

1. Anerkennung der von der Mitgliedschaft gewählten Stadtteilleitung mit dem Gen. Erbe an der Spitze;
2. Ausschließung aller zur Fortführung der Parteiarbeit erforderlichen Materialien an die rechtmäßige Stadtteilleitung, da nur so die auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Situation erforderlichen Arbeiten durchgeführt werden können.

Falls die BL ihren Spaltungskurs weitergeht, fällt alle Verantwortung für die sich daraus ergebenden Maßnahmen und Konsequenzen auf sie zurück. Aus diesem Grunde fordern wir die Anerkennung unserer Forderungen.

Die Lage und Entwicklung in Breslau zeigt, daß die BL alle Mitteln springen läßt, um mit organisatorischen und demagogischen Maßnahmen den Willen der Mitgliedschaft zu fälschen. An der Standhaftigkeit der Breslauer Genossen ist das bisher gescheitert und es wird auch in Zukunft ohne Erfolg bleiben.

Manuskripte müssen bis Montag an Reinh. Steffen, Breslau 6, Allenstr. 50, II. Etg. eingesandt sein, wenn sie in der nächsten Nummer verwendet werden sollen.